

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Wort u. Bild“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 15 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Telefon { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtsige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker



Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 58

Dienstag, 10. März 1925

32. Jahrgang

Der Aufmarsch der Kandidaten.

Ein demokratischer Geniestreich.

Lübeck, 10. März.

Die Aufstellung unseres Kandidaten hat in der ganzen Presse wie eine Bombe eingeschlagen. Schmunzelnd reißt man sich im reaktionären Lager die Hände, glaubt, dadurch eine Chance gewonnen zu haben, schulmeisterlich runzeln die Demokraten die Stirne.

Gemacht, ihr Herren! Ihr glaubt, mit Leisetreterei die Schlacht zu gewinnen, wir glauben das nicht. Gleich am Sonntag schrieb die „Voss. Zeitung“:

„Die Deutschnationalen haben den Mut zu dem Entschluß (nämlich einer möglichst verwachsenen bürgerlichen Sammelkandidatur) aufgebracht, der den Sozialdemokraten leider gefehlt hat.“

Wir halten den Satz für richtig, wenn man ihn umdreht. Die Sozialdemokraten haben den Mut aufgebracht, sich klar für ihre Ideen einzusetzen, der den Deutschnationalen natürlich gefehlt hat. Und sollte diese Feigheit ihnen wirklich den Sieg bringen?

Wer's wünscht, glaubt es natürlich, zumal wenn er von der Präsidentenwahl selbst und ihren gesetzlichen Grundlagen so wenig Ahnung hat wie der Lübecker „General“-politikus. Der setzt heute lang und breit auseinander, daß die Ausichten des — noch immer unbekannt — Rechtskandidaten geradezu todsicher sind. Schaffte er es nicht im ersten Wahlgang, so sicher in der Stichwahl, in die er dann mit dem Sozialdemokraten käme.

Daß es bei der Reichspräsidentenwahl überhaupt keine Stichwahl gibt, sondern nur einen zweiten Wahlgang, in dem die relative Majorität entscheidet, ist diesem Leitartikel völlig unbekannt. Der ganze Artikel ist also mal wieder der bekannte Generalsinn.

Die Sozialdemokratie hat es somit völlig in der Hand, im zweiten Wahlgang ihre Taktik zu ändern. Aber wir hoffen und vertrauen, daß das nicht nötig sein wird. Wenn jeder von uns auf dem Posten ist, dann sollte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir es nicht schaffen, unserem Oberen einen Nachfolger zu stellen, der die Gewißheit bietet, daß er in jedem Geiste weiter arbeitet, daß er ein aufrechter und willensstarker Republikaner ist!

Die Demokraten sind natürlich sehr böse mit uns. Wir hätten uns doch erst mit ihnen und dem Zentrum in Verbindung setzen sollen; Ja, hätten sie dann einem republikanischen Sammelkandidaten zugestimmt, der Sozialdemokrat ist? — Ganz gewiß nicht. Es wäre also nur noch mehr gegenseitige Verärgerung dabei herausgekommen.

Die Scheintürken so schon ein Maß angenommen zu haben, daß der Vernunft nicht gerade zuträglich ist. Nur so ist die selbst für bürgerliche Demokraten reichlich romantische Idee zu verstehen, so ziemlich sämtlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten einen Kandidaten zur gemeinsamen Aufstellung zu empfehlen. Also wieder einmal eine Aufwärmung Marx'scher Volksgemeinschaftsräume. Sie werden an dieser mit großem Trara aufgemachten Aktion wenig Freude erleben, zumal ihre Wahl — es handelt sich um den gestern zum stellvertretenden

Reichspräsidenten bestellten Dr. Simons — wirklich nicht sehr glücklich ist. Dr. Simons mag ein sehr braver Mann und vielleicht auch ein guter Republikaner sein; aber das einzige Mal, das er Deutschland nach außen hin zu vertreten hatte — bei der Londoner Konferenz von 1921 unseeligen Angedenkens — hat er nicht gerade sehr glücklich operiert.

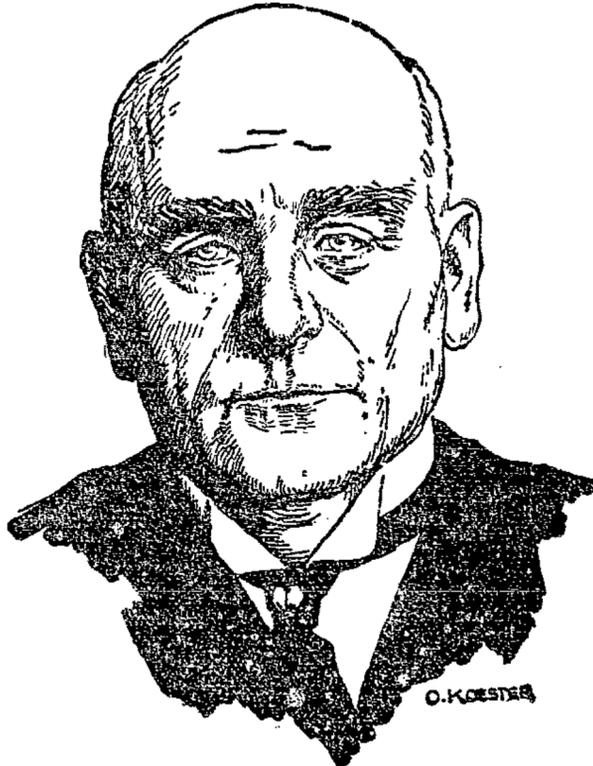
Das Zentrum hat sich noch nicht zu einem Entschluß durchringen können. Es wird aber wohl keinesfalls auf den Leim gehen, den ihm die Rechte mit einer Kandidatur Stegerwald hingestrichen hat, und sich höchstwahrscheinlich zu seinem braven alten Marx zurückfinden.

So gilt bei der Rechten die Kandidatur Jarres als ausgemachte Sache, wenn er auch noch nicht offiziell auf den Schild gehoben ist, der offenbar doch noch nicht stabil genug ist, um diesmal schon den Hohenzollernsprößling drauf zu legen.

Daß die Kommunisten Herrn Thälmann, den spiritus rector des blutigen Oktoberputsches in Hamburg für den geeignetsten Reichspräsidenten halten, haben wir schon berichtet.

Jarres, Marx, Simons, Thälmann — Otto Braun. Ist es da wirklich so schwer zu wählen?

Unser Kandidat



Otto Braun

Der Kampf der Eisenbahner.

Der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist nicht wohl zu Mut. Der Ernst und die Entschlossenheit, mit dem die Eisenbahner den ihnen aufgezwungenen Kampf zu führen gewillt sind, haben die Leitung der Reichsbahn-Gesellschaft unsicher gemacht. Deshalb hat sie am Montag die Berliner Presse bitten lassen, doch um Himmels willen nicht zu viel über die Streikbewegung zu schreiben; denn das stärke nur die Streikbewegung unter dem Eisenbahnerpersonal. Gleichzeitig bemüht sich die Reichsbahnleitung, der Öffentlichkeit einzureden, daß die Streikbewegung schon da und dort abbröckele, ja im großen und ganzen schon so gut wie stillstehe. Im Westen z. B. in Essen, Köln, Frankfurt a. M. soll von einem Streik überhaupt nichts zu bemerken sein.

Mit diesen Mitteilungen rennt die Reichsbahnleitung nur offene Türen ein. Das Bild, das augenblicklich die Streiklage bietet, ist durchaus kein zufälliges. Die Reichsbahnleitung weiß zu gut, daß die Eisenbahner bei allem Anmut, bei aller Gereiztheit keine blinden Draufgänger sind, sondern genau wissen, was sie tun. Die Eisenbahner verfolgen unseres Wissens genau die Weisungen ihrer Organisationen und diese werden die Taktik verfolgen, die sie für richtig halten und mit keinem wüsten Streik-Tohwabohu der Reichsbahnleitung die Hasen in die Rüche jagen.

Es ist gar nicht zu bestreiten, daß sich die Reichsbahnverwaltung schon jetzt stark isoliert fühlt. Sie muß sehen, daß es nicht einmal die Reichspresse wagt, gegen die streikenden Eisenbahner Front zu machen. Sie kann nicht, weil rein sachlich genommen sich gegen die Forderungen der Eisenbahner nichts einwenden läßt. Man betrachte nur einmal die Frage der Arbeitszeit! Hier herrschen in der Reichsbahn heute Zustände, die einfach nicht länger ertragen werden konnten. Durch den Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. 12. 1923 erfolgte eine Verringerung der Dienstauvorschritten für das Betriebs- und Verkehrspersonal in der Weise, daß die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden im Tag oder 260 Stunden im Monat und die Dienstzeit bis zu 16 Stunden pro Arbeitstag ausgedehnt wurde. Unter dem Druck der Gewerkschaften gab es dann im Juni vorigen Jahres einige kleine Milderungen. Es kam mit Rücksicht auf die damalige Notlage der Reichsbahn zu einer Sondervereinbarung, die selbstverständlich gekündigt werden mußte, sobald sich die Wirtschaftslage der Reichsbahn sichtlich gebessert hatte. Diese Kündigung erfolgte Ende Januar, nachdem die Gratifikations für die oberer Beamten und die Korruptionszulage gezeigt hatten, daß es der Reichsbahn nicht gerade schlecht geht.

Was forderten die Eisenbahner? Festsetzung der Arbeitszeit in der Personalordnung und den Dienstauvorschritten auf 8 Stunden pro Tag. Sofortige Durchführung des Achtstundentages in den Werkstätten und überall dort, wo intensive Arbeit verlangt oder das Personal unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit tätig ist; entsprechende Verzögerung der Arbeitszeit des übrigen Personals. Außerordentliche der DDB für das im Werkstätten und bei selbstständigen Güterböden beschäftigte Personal mit entsprechender Verbesserung der Dienstauvorschritten. Regelung der Dienstdauer des Fahrpersonals nach den vorstehenden Grundfragen. Was tat die Reichsbahnverwaltung? Sie lehnte zunächst glatt ab, dann stimmte sie schließlich der Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Beratung etwa bestehender Härten in der Dienstdauer zu. Jeder Laie sieht, daß diese Zustimmung angesichts der Forderungen nur herzlich wenig bedeutet.

Sollen die standstilligen Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn vorwiegend werden? Naive Leute stellen Vergleiche mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit an. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit muß aber unbedingt abgelehnt werden, denn gegenwärtig werden ganz andere Anforderungen an die Arbeitsleistung des einzelnen Mannes gestellt. Durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung und das Gebührengesetz wird mit der Arbeitskraft ein unerträglicher Raubbau getrieben. Die Reichsbahn nimmt heute eine bis ins Kleinste gehende scharfe Ermittlung der Arbeitszeit, der Arbeitsunterbrechungen usw. in jedem einzelnen Falle, vielfach sogar durch Stoppuhr vor. Die Folge des Raubbaues sind steigende Krankheits- und Unfallziffern. Sie sprechen eine eindringliche Sprache. So betrug z. B. der Krankenstand Anfang Januar im Bezirk Berlin 9 Proz. Die Betriebsunfälle haben, wie die Hauptverwaltung selbst zugibt, 1924 wesentlich zugenommen. Nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung wurden in den Monaten April bis November des letzten Jahres 626 Bedienstete gegen 513 Bedienstete im Vorjahr, also 113 Personen mehr als verletzt gemeldet. In dieser Steigerung sind besonders die Direktionen Dresden, Elberfeld, Hannover, Karlsruhe und München beteiligt. Die Hauptverwaltung hat — sehr bezeichnend — Anweisung gegeben, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen. Diese Unfallfeststellungen wurden nicht nur für den Betriebsdienst, sondern auch für die Werkstätten gemacht. Auch hier eine dauernde Steigerung der Unfallziffern, so z. B. im Ausbesserungsbezirk Königsberg von 0,53 Proz. im Jahre 1923 auf 0,88 Proz. im Jahre 1924. Die wirklichen Ursachen dieser unheimlichen Ziffern wird die Hauptverwaltung bei ihren Umfragen kaum erfahren. Sie liegen in der Verlängerung der Arbeitszeit, in der Antreiberei und der fast zur Unerträglichkeit gewordenen Auspreßung der Arbeitskraft durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung.

Ein neuer Angriff auf die Volksrechte.

Der Reichstag soll die reaktionäre Wehlmache nicht hören.

Berlin, 10. März. (Radio.)

Vor einigen Tagen gab ein Regierungsvertreter im Reichstag die Erklärung ab, daß das Parlament sich bis nach der Wahl des neuen Reichspräsidenten vertagen werde, also vermutlich um zwei Monate bis Anfang Mai. Der Reichstagspräsident Lübe wies diese deutschnationalen Absichten, eine Aufspaltung des Reichstages, sofort zurück, indem er bekannt gab, daß er nicht daran denke, das Parlament zu vertagen. Nun zeigt sich, daß die deutschnationalen Reichsminister den Plan eines Ermächtigungsgesetzes haben. Der Reichsminister des Innern, Schiele, hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der folgenden Artikel 77a in die Reichsverfassung einfügen will:

„Artikel 77a. Wenn die Befreiung eines dringenden Notstandes es erforderlich macht, kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretungen, Verordnungen, die der Verfügung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen. Diese Verordnungen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreffen vorzulegen. Wird einer Verordnung die Genehmigung verweigert, so hat die Reichsregierung sie alsbald außer Kraft zu setzen.“

Das wäre ein beständig anzuwendendes Ermächtigungsgesetz, das zu einer möglichst häufigen und langen Aufspaltung des

Reichstages anreizen würde. Die Begründung des Gesetzentwurfes zeigt deutlich, daß man den Reichstag während der Wahlbewegung jetzt nach Hause schicken will, um die Agitation für die monarchistischen Kandidaten ungehindert betreiben zu können. Es heißt nämlich:

„Für den Fall, daß der Reichstag sich aus Anlaß der Neuwahl des Reichspräsidenten auf längere Zeit vertagen sollte, erscheint es erwünscht, ihm noch vorher Gelegenheit zu geben, dieses Gesetzes anzunehmen. In Anbetracht der Eilbedürftigkeit bitte ich daher, die Beratungen des Entwurfes so zu beschleunigen, daß seine Erledigung in der Volkssitzung am 12. März erfolgen kann.“

Die Sozialdemokratie wird diesen Gesetzentwurf auf das heftigste bekämpfen. Wir haben kein Vertrauen zu der deutschnationalen Regierung und bewilligen ihr kein Ermächtigungsgesetz.

Herr Luther scheint es darauf angelegt zu haben, sich möglichst zweimal in einer Woche zu blamieren. Ein verfassungswidriges Ermächtigungsgesetz wie dieses kann bekanntlich nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag angenommen werden. Wie will er die zusammenbringen? Der Reichsregierung eine diktatorische Gewalt zu übertragen, dafür werden selbst die kommunistischen Stützen des Herrn Luthers zurücktreten.

Oder rechnet er gar auf die Zustimmung der Sozialdemokraten? — Da wird er sich erst recht in den Finger schneiden. Unseres Erachtens gibt es nur eine Antwort auf eine so dreiste Zumutung: Ein donnerndes Hohngelächter!

Entwürdigung des Reichstages.

Kemmel begehrt das Andenken Eberts.

Die Ermüdungsgrenze liegt weit unter der Schichtdauer, die den Eisenbahnern zugemutet wird, und daß die jetzt bestehende Arbeitszeitregelung zu einer Senkung der Gesamtleistung führen muß, liegt auf der Hand. Die amtlich festgestellte Steigerung der Betriebsunfälle zeigt der Öffentlichkeit ganz klar, daß durch die mit hohem Lohn verbundene lange Arbeitsfron des Personals die Betriebsicherheit, die Sicherheit der Fahrgäste gefährdet wird.

Der Kampf um die Kürzung der Arbeitszeit hat in der Privatindustrie bereits zu Erfolgen geführt; die letzte Umfrage des ADW. beweist das. Seit Mai vorigen Jahres hat die Verkürzung der Arbeitszeit in fast allen Betriebszweigen erhebliche Fortschritte gemacht. Sollen die Eisenbahner etwa von dieser Verkürzung ausgeschlossen werden? Wir sagen: Nein! Mögen sich auch da und dort Kommunisten als Streikbrecher zeigen, die disziplinierten Eisenbahner führen den Kampf um ihre Forderungen, um Gesundheit und Leben mit Zuversicht und Kraft; denn sie wissen, daß ihr Kampf die volle Sympathie und die ganze moralische Unterstützung der gesamten Arbeitnehmerschaft und darüber hinaus noch die Sympathie der öffentlichen Meinung findet.

Die Streiklage.

Die Beamten üben volle Solidarität.

Die Eisenbahnbeamten-Gesamtsorganisationen nahmen am 9. März zum Streik der Eisenbahnarbeiter in den Güterhallen Stellung. Sie weisen die Tendenz der sozialistischen Zeitungen, daß die Beamtenorganisationen sich in ihrer Stellung zum Streik der Güterhallenarbeiter nicht einig oder sogar gegen diese sind, weit von sich. Die Beamtenorganisationen halten die beiden Forderungen der Arbeitergewerkschaften auf allgemeine Gehöhung der Löhne um 3 Pfg. pro Stunde ab 1. März 1925 und die Einsetzung einer Kommission mit der Aufgabe, Vorschläge zu machen, wie die Arbeitsbedingungen für die körperlich und geistig schwer arbeitenden Arbeiter und Beamten gemindert werden können, für maßvoll und gerechtfertigt. Sie stehen mit ihren Sympathien auf Seiten der kämpfenden Arbeiter.

Beschluß der sächsischen Eisenbahner: Volles Vertrauen zur Gewerkschaft, schärfste Ablehnung kommunistischer Zersplitterungsversuche.

SPD. Leipzig, 9. März. (Sig. Drahtb.)

Der Streik der Eisenbahner hat sich seit Sonnabend wesentlich verhäuft. In einer außerordentlichen Eisenbahner-Mitgliederversammlung wurde zu dem Streik Stellung genommen. Gegen zwei Stimmen fand folgende Entschließung Annahme: Die Verammlung erkennt das Vorgehen der Verbandsmitteln als die einzig richtige gewerkschaftliche Maßnahme an und verpflichtet sich, geschlossen hinter den Entschluß des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu stehen. Dem Streik verurteilt die Verammlung einen Artikel der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung“, welcher nur dazu ansetzt, der Verwaltung in die Hände zu arbeiten, um den berechtigten Forderungen der Eisenbahner in den Rücken zu fallen.

Am Laufe des Montag haben sich die Rangierer vom Hauptbahnhof, die Gepäckabfertigung Leipzig Hauptbahnhof, Bahnhofswartmeister Hauptbahnhof Ost und die Betriebswerkstätte des bayrischen Bahnhofs dem Streik angeschlossen. Seit Montag mittag haben auch die Güterbodenrangierer in Jzdau die Arbeit niedergelegt. Insgesamt sind an diesem Streik ungefähr 1300 Mann beteiligt.

Neues aus dem Schmutzfaßel.

Die „Klempenken“ von Eberts Witwe.

Berlin, 10. März. (Radio.)

Ein Teil der Presse berechnet die gesetzliche Pension der Witwe des Reichspräsidenten mit 33 980 Mk. jährlich. Rechtsgerichtete Zeitungen trüpfen daran häßliche Bemerkungen.

Es ist festzustellen, daß die an Frau Ebert zu zahlende Pension monatlich 592 Mk. beträgt. Der erwähnte Monatsbetrag ist die höchste Pension, die gegenwärtig eine Beamtenwitwe (einschließlich der pensionsberechtigten Reichsminister und Staatssekretäre) beziehen kann. Die „Vossische Zeitung“ nennt dieses eine peinliche Ueberrückung und die Bezüge der Witwe als geradezu lächerlich gering. Wir können aus diesem Urteil nicht anstehen. Bei der Not vieler Volksgenossen müssen auch die Bezüge der Witwen in mäßigen Grenzen gehalten werden.

Palastrevolution in der R.P.D.

Die Ruhrarbeiter können russische Methoden nicht vertragen.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Die Erregung in der R.P.D. im Bezirk Essen irrt bereits nach der Reichstagswahl im Dezember in Erscheinung. Es war am 15. Dezember 1924, also kurz nach der Reichstagswahl, als der Unterbezirk Essen der R.P.D. seine Funktionäre zu einer Besprechung über die Wahlmiederlage der R.P.D. zusammenberief. Die Sekretäre Schwan und Kollwig waren aufgefordert zur Berichterstattung. Wer aber nicht erschien, waren die beiden. Der Sekretär Eichhorn verurteilte die Abwesenheit der beiden dadurch zu entschuldigen, daß er darauf hinwies, daß es nicht angebracht wäre, wenn beide Sekretäre erschienen, sie mit der Festnahme durch die Polizei zu rechnen hätten. Diese Ausfertigung schlug dem Kopf den Boden aus und die Konferenzteilnehmer machten sich durch Raue wie: Feiglinge, Schieber, Champagnerjungen, Hurdenbengel, Herumtreiber usw. usw. Als wieder Ruhe eintrat, wurden einige Funktionäre beauftragt, die beiden Sekretäre herbeizuholen. Schon nach einiger Zeit lehrten sie zurück, ohne die Gesuchten gefunden zu haben. In der dann einsetzenden Diskussion führte ein Funktionär aus, daß es eine Schande sei, ein solches Spiel von den Sekretären mit den Mitgliedern zu treiben würde. Seitdem Schwan und Kollwig in Essen in der Bezirksleitung registriert, sei die Mitgliederzahl ständig zurückgegangen. Das sowie der große Stimmenerfolg sei nur auf die Faulheit und Unfähigkeit der beiden Sekretäre zurückzuführen. Die Funktionäre müßten es ablehnen, sich fortwährend von den Mitgliedern interpellieren und Vorwürfe machen zu lassen, über das Treiben der Sekretäre. Es solle besonders auf, daß die Herrschaften einen Auswand treiben, der direkt aufreißt sei. Wenn man sie sehe, so würde man sie am besten in Weinhäuser oder Dörfen in Gesellschaft von Weibern und Märgeligen finden können. Wo die Leute das Geld hernehmen, sei den Mitgliedern unbegreiflich.

Als Graf Graul noch dem Unterbezirk als Sekretär vorgeschlagen habe, wäre entsprechende Arbeit geleistet worden, deshalb müßten die Funktionäre von der Zentrale verlangen, daß Graul nach Essen zurückkehrt. Ein anderer Funktionär wies darauf hin, daß Kurt Rosenburg das „Selbsttötchen“ und Arthur König der „Autofahrer“ genannt wurden und diesen Namen alle Ehre machen. Wenn solche Leute noch im Bezirk weiter verblieben, dann könne die Partei sich begraben lassen. Seit

Der Reichstag beschäftigte sich am Montag in erster und zweiter Lesung mit den Gesetzentwürfen über die Festsetzung des Tages für die Wahl des Reichspräsidenten, über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und Uebernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf das Reich. Diese Vorlagen gaben der Kommunistischen Partei Veranlassung, durch einen ihrer wüßtesten Gesellen, den Abgeordneten Kemmel, eine Rede von so viel Gehässigkeit gegen Ebert und so unanständiger Herabwürdigung dieses Toten halten zu lassen, wie das bisher auch nach kommunistischen Maßstäben nur selten vorgekommen ist. Kemmel warf dem verstorbenen Reichspräsidenten vor, ihm sei jedes Verbrechen recht gewesen, das zur Unterdrückung der Arbeiterklasse habe dienen können. Ebert hat sich mit Arbeitermassenmord bekleckelt und sich mit allen möglichen Schandtatzen beladen. Die Beschimpfungen waren so widerlich, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Fraktion den Sitzungssaal verließ und in der Mitte des Hauses immer wieder empörte Protestrufe laut wurden. Auch den zukünftigen Reichspräsidenten, dessen Persönlichkeit wahrhaftig noch nicht feststeht, zog Kemmel schon in den Kreis seiner wüßtesten Beschimpfungen ein. — Sofort nach dem kommunistischen Redner erhob sich der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, um in tiefer Erregung Zeugnis für Ebert abzulegen, mit dem er ein Jahrzehnt zusammengearbeitet habe. Er sei ein Reichspräsident von Gerechtigkeit und Würde und von Unparteilichkeit gewesen, ein hochverdienter Mann.

Geschickter als die Kommunisten und wesentlich anständiger begründeten die Deutschvölkischen ihre Ablehnung der Beerdigung auf Staatskosten. Das ist ihr gutes Recht, wie man es auch versteht, wenn die Kommunisten die Beerdigung auf Staatskosten ablehnen. Begründet man aber diese Gegnerschaft in einer menschlich und politisch so tiefstehenden Art, wie es Kemmel getan hat, so schießt man sich aus den Schichten der anständigen Menschen aus. Bei der Abstimmung verließ ein Teil der Deutschnationalen den Saal, beteiligten sich also an der Abstimmung für die Vorlage ihrer eigenen Regierung nicht. Die dritte Lesung der Gesetzentwürfe wurde vertagt.

Dann gab es wiederum eine kurze Aussprache über den Eisenbahnstreik. Der Kommunist Koenen benutzte die Gelegenheit, weniger gegen die mangelnden Zugstände der

Reichsbahngesellschaft, als vielmehr gegen die angeblichen Verhältnisse der Gewerkschaftsbureaus und der Sozialdemokratie zu wettern, die natürlich sowohl an der eisenen Lage der Eisenbahner, wie an dem mangelnden Entgegenkommen der Reichsbahngesellschaft schuld sind. Gewisse Schumann erklärte mit Recht, daß er es ablehne, diese ewigen unfruchtlichen Fäulereien mit den Kommunisten anzuführen. Er griff die Reichsregierung scharf an, die diesen Streik, der große Gefahren in sich birgt, hätte verhindern können. Es bestehe die Möglichkeit, daß der Streik auf das Verkehrspersonal übergreife. Schon vor einigen Tagen habe er verlangt, daß die Reichsregierung sich dieser Entwicklung annehme; er stelle nun diese Forderung noch einmal mit der größten Entschiedenheit. — Die Volksparteier beantragten, die Angelegenheit dem Verkehrsaußenamt zu überweisen, der am Dienstag schon zusammengetreten soll. Die Sozialdemokraten verlangten eine sofortige Erklärung der Reichsregierung, jedoch wurde im Hammelsprung der deutsch-völkische Antrag angenommen. — Zur Untersuchung der Ursachen der Explosion in Reinsdorf wurde auf deutsch-nationalen Antrag eine Abordnung von 14 Mitgliedern des Reichstages entsandt. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß dem Hause in kurzem ein sachmännisches Gutachten über die Ursachen dieser Explosion und die mögliche Vermeidung solcher Unfälle zugehen werde.

Es folgten in rascher Erledigung eine Reihe kleinerer Vorlagen. So wurde der Gesetzentwurf angenommen, der an Stelle der nach unserer Auffassung rechtswidrig erlassenen Verordnung über Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindevorstände treten soll. — Der Gesetzentwurf über die vierzehntägige Gehaltszahlung an Beamte wurde in erster und zweiter Lesung verabschiedet. — Schließlich wurde noch in die Debatte über das Internationale Arbeitsamt und den Entwurf eines Gesetzes betreffend das Washingtoner Uebereinkommen über die Arbeitslosigkeit eingetreten. Der Kommunist Weber erklärte, daß seine Partei für diese Gesetzentwürfe stimmen werde, obwohl sie von ihrer Wirkungslosigkeit überzeugt sei. Diese Gesetzentwürfe und ferner ein Gesetzentwurf über die Stellenvermittlung für Seleute wurden dem Ausschuss überwiesen.

20 Jahren sei er politisch und gewerkschaftlich organisiert, doch eine solche Schweinerei habe er noch nirgends erlebt. Die Zentrale müsse von ihrem Herrgottsanpunkte herunter, sonst ginge die ganze Partei in Trümmer. Die weitere Diskussion führte dazu, daß die Zusammenkunft auf Log und die Auseinandersetzungen auf der Straße in wenig lebenswürdiger Weise fortgesetzt wurden.

Am 1. Februar fand in Essen in Anwesenheit von Ruth Fischer eine Konferenz statt. Ruth war sehr erstaunt, als sie feststellte, daß eine ziemlich starke Opposition gegen die Zentrale vorhanden war. Ein Redner aus Gelsenkirchen wies darauf hin, daß es doch unerhört sei, wenn die R.P.D. die R.P.M. aufzubreche, Brandler und Thalheimer aus der russischen R.P. auszuschließen. Wenn man so verfahren wolle, dann sei es angebracht, bei Klara Zetkin, Piel, Radef, Eberlein usw. die gleichen Schritte zu tun, damit recht bald die Zeit erreicht sei, wo die R.P.D. nur noch ein Häuflein wildgewordener Parteisanatler wäre. Diese Ausführung rief die Leitung des Unterbezirks Gelsenkirchen auf den Plan, die sich schüßend vor die Zentrale stellte und dabei durchblicken ließ, daß der Redner zum Ausschluß reif sei. Allgemein betrachtet war aus der Debatte herauszuhören, daß im Ruhrgebiet die innere Zerrissenheit und der Geist des Unmuts gegen die Zentrale sehr groß ist.

Ruths Schlußwort ließ erkennen, daß die unerwarteten Angriffe gegen die Zentrale sie erheblich mitgenommen hätten. Ihre Ausführungen waren lediglich eine persönliche Unterhaltung mit den aufgetretenen Gegnern. Sie rechtfertigte das Verhalten der Parteileitung in der Frage der Parteiausgrenzung und verbot sich nachzuweisen, daß die Meinungsfreiheit von der Partei nicht unterbunden werde. (Rufe: Oh!) Doch ließ es in den Fällen Brandler und Genossen schon keine Opposition mehr, sondern reinste Obstruktion. Die Partei brauche Pioniere und nicht Unterminister. Gerade der zum Teil verlorberrte Ruhrbezirk mit seinen „schimmernden revolutionären Energien“ habe die Pflicht, jetzt erst recht revolutionäre Organisationsarbeit zu leisten, um seinem Nachbarbezirk Niederrhein gleichzukommen. Sie erwarte die willige Unterordnung unter die Parteibeschlüsse und bedingungslose Hingabe eines jeden Mitgliedes an die Pflichtarbeit. — Die Ausführungen Ruth Fischers über den verlorberrten Ruhrbezirk bewiesen blühtartig, wie weit Zwiespalt zwischen rechts und links in der R.P.D. gediehen ist.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß auch einer der Gründer des Roten Frontkämpferbundes Seemann (Berlin) aus der R.P.D. wegen Unterschlagung ausgeschlossen worden ist.

Hitlers Gehlampagne.

Die Polizei greift ein.

SPD. München, 9. März. (Sig. Drahtb.)

Am Dienstagabend wollte Hitler im gleichen Stile wie im Jahre 1923 zu seinen Anhängern in den fünf größten Sälen Münchens sprechen. Diese Versammlungen sind jedoch von der Polizeidirektion verboten worden und zwar mit folgender Begründung: Hitler hat in seiner Eröffnungsrede am 27. Februar in nicht mißzuverstehender Weise versucht, die Massen zu Gemaltätigkeiten aufzupeitschen oder doch auf solche Gemaltätigkeiten vorzubereiten. Die Polizeidirektion schließt das aus folgenden Äußerungen: In diesem Ringen gibt es nur zwei Möglichkeiten.

Entweder der Feind geht über unsere Zeichen oder wir über die seinen.

Ferner: „Es ist mein einziger Wunsch, daß das Halantzenbanner, wenn der Kampf mich das nächste Mal niederstreckt, mein Leichentuch werden soll.“ In diesen Äußerungen ist der Tatbestand des § 110 und 120 des StGB (Aufzorderung zum Ungehorsam gegen Gelehe beim Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen andere Klassen der Bevölkerung) nahezu gegeben. Denn sie haben in der Bevölkerung Münchens und Bayerns lebhaftest Begehrigung und die Begehrnis hervorgerufen, daß auch weiterhin derartige Aufforderungen zur Gewalt durch Hitler erfolgen werden und in Kürze mit der Verwirklichung des angekündigten Kampfes zu rechnen sei. Diese Befürchtung erschien im Hinblick auf die Entwicklung der Verhältnisse im Jahre 1923 voll und richtig. Die Polizeidirektion hat demgegenüber die Verpflichtung einer solchen den Staat gefährdenden Entwicklung, welche die Wiederholung der Novemberereignisse des Jahres 1923 befürchten läßt, zu verhindern. Deshalb wurden die Versammlungen verboten auf Grund des Artikels 102 des Ausführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung, ferner auf Grund des § 1 des Reichsverfassungsgesetzes und weiterhin des Artikels 123 der Reichsverfassung.

Es war höchste Zeit.

SPD. München, 9. März. (Sig. Drahtb.)

Außer der amtlichen Begründung des Verbots der Hitler-Versammlungen veröffentlicht die „Bayrische Staatszeitung“ offiziös folgende bemerkenswerten Gründe, die die bayrische Regierung zu ihrer Stellungnahme gegen Hitler veranlaßt haben: „Das Weberaustreten Hitlers hat eine Atmosphäre geschaffen, die über kurz oder lang zu einer Bayern wirtschaftlich außerordentlich schädigenden allgemeinen Beunruhigung führen muß. Die Nachrichten, die über die neue Tätigkeit Hitlers über München und Bayerns Grenze hinausgetragen werden, müssen mit Naturnotwendigkeit erneutes Mißtrauen gegen die bestehende Ruhe und Ordnung in Bayern erwecken und allen Fremdenzug fernhalten. Was das jetzt schon bedeutet und in Zukunft noch bedeuten kann, ist ohne weiteres klar. Schon heute, kurz nach Hitlers erster Versammlung, müssen angelegene Münchener Firmen mit den Vertretern des außerdeutschen Handels zu geschäftlichen Abschlüssen in Berlin zusammenzutreffen, weil ihre Lieferanten oder Abnehmer es vorziehen, aus Gründen der Sicherheit München zu meiden. Schon heute machen sich die ersten üblen Folgen der neuen Hitlerischen Tätigkeit in der Abnahme des Fremdenverkehrs in Münchener Hotelfreisen unmissbar bemerkbar. Schon heute sehen Garnisch und andere oberbayrische Kurorte einen Teil ihrer Gäste scheiden unter ausdrücklichem Hinweis auf das Wirken des freigelassenen nationalsozialistischen Anführers.“

Die Tagung des Völkerbundes.

Hauptarbeit hinter den Kulissen.

SPD. Genf, 9. März. (Sig. Drahtb.)

Der Völkerbund hat am Montag nur geheime Sitzungen ab, in denen die Verwaltungsfragen erledigt wurden. Die erste öffentliche Sitzung ist auf Dienstag vormittag angesetzt. Am Montagabend war die diplomatische Arbeit um das Zustandekommen des Garantiepaktes hinter den Kulissen bereits in vollem Gange. Chamberlain wird wahrscheinlich am Donnerstag die angekündigte Rede halten, in der er das Genfer Protokoll endgültig ablehnen und die englische Zustimmung zum Fünftächte-Abkommen geben wird. Der Hauptwiderstand dagegen ist von Polen zu erwarten, dem sich auch die Tschechoslowakei anschließen wird. Allgemein herrscht der Eindruck vor, daß der baldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der wichtigste Schritt zu einer günstigen Lösung des Garantiepaktes sei.

Genf, 10. März. (Radio.)

Am Donnerstag wird der Völkerbundrat mit der Beratung der großen politischen Fragen beginnen, die insbesondere auch Deutschland lebhaft angehen. Am gestrigen Montag hatte der englische Außenminister Chamberlain mit Briand eine lange Unterredung, die sich mit der Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundspaktes (Beteiligung an bewaffneten Expeditionen gegen vertragsbrüchige Nationen) sowie mit der Saarfrage und der Danziger Frage beschäftigten.

Graf Bernstorff in Genf.

SPD. Paris, 9. März. (Sig. Drahtb.)

In unterrichteten Kreisen von Paris verlautet, daß von der deutschen Regierung Graf Bernstorff in besonderer Mission nach Genf entsandt worden sei, um dort mit Briand, Chamberlain und den Delegierten der anderen Hauptmächte über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verhandeln.

Politische Notizen.

SPD. London, 9. März. (Sig. Drahtb.) Am Sonntag fanden in London Gottesdienste zum Gedächtnis Eberts statt. Churchill nahm als Vertreter des Königs daran teil.

SPD. Athen, 9. März. (Sig. Drahtb.) In Griechenland hat die Eisenbahner in den Generalstreik eingetreten.

Otto Brauns Lebenslauf.

Otto Braun, der nunmehr zum Präsidentschaftskandidaten Erloren, ist am 28. Januar 1872 in Königsberg (Ostpreußen) geboren, hat also vor wenigen Wochen sein 53. Lebensjahr vollendet. Nach dem Besuch der Volksschule lernte er zunächst als Steinbruder, später als Buchdrucker. In diesem Fache war er tätig, bis er in die Redaktion des Königsberger Parteiorgans eintrat. Als Journalist hat er selbstverständlich auch die wilhelminische Justiz in all ihren Tücken kennen gelernt.

Später war er eine Zeitlang als Geschäftsführer der „Königsberger Volkszeitung“ tätig und wurde dann zum Kassier der Dristrankentasse in seiner Vaterstadt gewählt. Neben seiner umfangreichen Tätigkeit in der Partei — er war seit Mitte der neunziger Jahre Vorsitzender des Bezirksvorstandes Ostpreußen und 10 Jahre lang Stadtverordneter in Königsberg — war er vor allem auf sozialpolitischem Gebiete tätig. Bei den Krankenkassenorganisationen war er lange Zeit ständiger Teilnehmer und sein Wort fand dort unter all den Fachleuten stets große Beachtung. Besonders eingehend widmete er sich der Landarbeit und der Arbeit unter den Landproletariern, den Instleuten und Gutsarbeitern, die gerade in seiner ostpreussischen Heimat bis nach Memel hinauf zumeist unter unmündigsten Verhältnissen lebte. Aus dieser Tätigkeit für die ländlichen Proletarier erwuchs seine besondere Sachkenntnis in landwirtschaftlichen Fragen, die er auch als Schriftsteller über agrarische Probleme an den Tag legte und die ihm besonders in seiner späteren Tätigkeit als preussischer Landwirtschaftsminister zu statten kam.

Im Jahre 1913 wurde Otto Braun noch auf Grund des Dreiklassenwahlrechts von dem damaligen Wahlkreis Teltow-Beestow-Charlottenburg in das Preussische Abgeordnetenhaus gewählt, wo er besonders die Interessen der Landarbeiter und Kleinbauern gegen die damals erdrückende Mehrheit der Großagrarier verteidigte. Seit Oktober 1910 war Braun als Kassierer Mitglied des Parteivorstandes, bis er infolge der Revolution in die preussische Regierung — als Landwirtschaftsminister — berufen wurde. Nach dem Kapp-Zugriff wurde er Ministerpräsident. Und nach der Episode Stegerwald-Dominicus wurde er im Herbst 1921 Führer der Regierung der großen Koalition. Mit welcher Umsicht und mit welchem Geschick er in dieser für die innerdeutsche Entwicklung so bedeutungsvollen Zeit gearbeitet hat, das hat der vollparteiliche Minister von Nichter in berechneten Worten gerade in dem Augenblick geschildert, als die Partei Stresemann-Campe auch in Preußen die Krise mit Gewalt heraufbeschwor, die noch jetzt nicht gelöst ist.

Munktion für die Reichspräsidentenwahl.

Der Repräsentant der Deutschen Republik ist uns verloren gegangen. Es gilt, einen neuen Präsidenten zu wählen. Die übergroße Masse des Deutschen Volkes wünscht ein neues verfassungsmäßiges Oberhaupt der Deutschen Republik, das mit dem Geiste und dem Willen, mit dem Verantwortlichkeitsgefühl eines Fritz Ebert ein getreuer Gewähr der Deutschen Republik sein soll. Nur wenige Wochen scheiden uns von dem Tage, an dem das Deutsche Volk, Männer und Frauen, Republikaner und Monarchisten, zur Wahlurne schreiten werden, um für sieben Jahre den Mann zu stellen, der Deutschland der Welt gegenüber verantwortungsbewußt. Es wird ein Streben sein um die Zukunft Deutschlands, um die Gestaltung der Deutschen Reichsverfassung. Es kann der Entscheidungstampf werden zwischen der Monarchie, die dauernd der Vergangenheit angehört und der Republik, die die Hoffnungen des freiheitsliebenden deutschen Volkes erfüllen soll. Alle die, die im Interesse der Reaktion, der Bevorzugung der früher herrschenden Schichten wirken, werden unterstützt durch die ungeheuren Geldmittel, die die Schwerindustrie und das Großagrarium für den Kampf um den Präsidenten zur Verfügung stellt. Eine außerordentlich verbreitete, vor keiner Niedertracht zurückschreckende monarchistische Presse wird sich an dem Verleumdungskampf überlassen, bis zu dem Tage der Wahl.

Alle geistigen Kräfte in der Republik und vor allem in der Sozialdemokratischen Partei, der festesten Stütze der Republik müssen angespannt werden, um aus dem schweren Kampf siegreich hervorzugehen. Dazu ist nicht nur Arbeit und Mühe notwendig, die Opferfreudigkeit muß sich auch erstrecken auf die Sammlung eines Kampfbundes, der einermachen auch den ungeheuren Mitteln der Schwerindustrie und des Großagrariums gegenüber in die Waagschale fällt. Noch in diesem Monat soll die Entscheidung fallen. Deshalb geht alle, rasch und reichlich für den Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei. Spenden werden erbeten an das Postfachkonto: Fr. Bartels, D. Weis, R. Ludwig, Berlin, Lindenstraße 3. (Präsidentenwahl.) Berlin 7918.

Das tägliche Brot

Roman von Clara Viebig

15. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Nein, aber ich möchte doch wissen, was sie vorhaben!“ Die Herrin lautete, das helle Röhren der Magd drang vernehmlich durch die geschlossene Stubentür. „Man muß kein so hübsches Dienstmädchen nehmen.“ sagte sie ärgerlich.

„Tut sie denn nicht ihre Schuldigkeit?“
„Ja!“
„Ist sie unbescheiden?“
„Nein!“

„Ja, aber was gefällt dir denn nicht an ihr?“
„Ich — ich weiß nicht. Hörst du, sie lacht schon wieder?! Du mußt Peters verbieten, sich in der Küche aufzuhalten. Wenn sie sich nun mit ihm einläßt!“

„Nal! Wenn du keinen Schaden davon hast, kann dir's doch ganz gleich sein. Du hast nicht für die Moral deiner Dienstmägde aufzukommen.“ Der Hauptmann zuckte die Achseln. „Sag sie doch!“

„Ja, aber sie haben immer ihre eigenen Interessen.“ sagte die junge Frau. „Und besonders solch eine Hübsche!“

„Eine Hübsche“ — das fand Bertha auch, als sie sich heute nachmittags in ihrem Spiegelchen besah. Seit einer Stunde hielt sie sich in ihrer Kammer vor dem Ansturm der Kinder verschlossen, die sonst gewohnt waren, eine immer zum Tändeln bereite Gefährtin in ihr zu finden.

Sie rüßelte sich zum Vergnügen; es war ihr erster sonntägliches Ausgehen in Berlin.

In der Magdekammer, die so schmal war, daß nur ein schlanker Körper sich zwischen Bett und Wand durchkommen konnte, roch es nach stark bühfender Moschusseife; der Chef selber drüben im Kaufmannsladen hatte sie Bertha verehrt, als sie heute morgen ein halb Pfund Kaffee zu siebzig, ein Pfund Reis und ein Päckchen Suppentafel geholt.

Von Kopf bis zu Füßen hatte sie sich abgeleift, sie hatte sich förmlich eingehüllt in diesen Wohlgeruch. Nun stand sie in Korsett und Unterrod vorm Spiegel und steckte ihr Haar auf. Lang und fein, in einem weichen, silberblonden Glanz, floß es ihr über den Rücken.

Sie verzug die Zähne in die rote Unterlippe und betrachtete lang und sinnend ihre feiliche Schönheit. Nein, es wäre schade, wenn sie hier in der beengten Wirtschaft bei Hauptmanns Verkommen sollte! Hier war kein Ort für sie. Sie mußte weiter,

Das Washingtoner Abkommen vor dem Reichstag.

Dem Reichstag ist am Freitag das Washingtoner Uebereinkommen bez. die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft zugegangen. Von der Regierung wird dazu ausgeführt, daß voraussichtlich keine allzu großen Schwierigkeiten bestehen würden, um die deutsche Gesetzgebung den Vorschriften des Abkommens anzupassen. Die Erweiterung der Wochenhilfe nach Bezugsdauer oder Geldbetrag hänge jedoch von der Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger ab. Krankentafeln und Reich werden gegenwärtig für die Wochenhilfe jährlich rund 60 Millionen Mark auf. Die Krankentafeln auf dem Lande seien nicht einmal in der Lage, die bisherigen Lasten weiter zu tragen. Ehe weitere Lasten aufgebürdet werden, sei daher ein gerechter Ausgleich zwischen kinderreichen und kinderarmen Klassen notwendig. Ein Gesetzentwurf über den Lastenausgleich werde dem Reichstag zugehen.

Auch Frankreich öffnet seine Archive.

Paris, 6. März.

In der „Ere Nouvelle“ teilt der bekannte französische Schriftsteller Victor Marguerite, der seit Monaten einen mühtigen Kampf für die Klärung der Kriegsschuld führt, am Freitag mit, daß Herriot sich nach langem Zögern entschlossen habe, der von der Liga der Menschenrechte unternommenen Anregung Folge leistend, die französischen Kriegsarchive zu öffnen und auf dem Wege einer unparteiischen Untersuchung die Verantwortung zum Kriegsausbruch an Hand der amtlichen Dokumente prüfen zu lassen. Dieser Entschluß Herriots, der von der gesamten französischen Presse bisher festgeschwiegen wurde, ist die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Jontanier. Marguerite beglückwünscht die Regierung zu diesem Entschluß, der umso notwendiger gewesen sei, als Deutschland auf diesem Wege bereits seit langem vorausgegangen sei. Außerdem erfordere die elementare Gerechtigkeit, daß der Artikel 231 des Friedensvertrages, in dem von Deutschland durch die Drohung mit Kanonen und Hunger „das Geständnis“ seiner Mitschuld am Kriege erpreßt worden sei, endlich durch das unparteiische Urteil der Geschichte revidiert werde.

Die neuen französischen Wahlen.

Von dem Pariser Mitarbeiter des Volksboten.

Paris, Anfang März.

Am 5. Mai werden in Frankreich die Kommunalwahlen stattfinden. Der Wahlkampf beginnt. Dessen Ausgang könnte ein getreues Bild darüber geben, wie das französische Land nach einjähriger Erfahrung über die Linkregierung Herriots denkt, — wenn es sich wirklich um eine Wahl gleichberechtigter Bürger handeln würde. Aber das Wahlsystem verhindert völlig, daß der wahre Wille des Volkes zum Ausdruck kommt. Gerade in Paris, wo die Wahlschlacht am schärfsten toben wird, liegt ein System zu Grunde, das heute noch nicht den Satz von 1848 kennt: Allgemeines und gleiches Wahlrecht!

Das Pariser Viertel Clignancourt zum Beispiel hat mit seinen 120 207 Einwohnern einen einzigen Stadtrat zu wählen, — das heißt genau soviel wie das Bienenbüchel, obwohl dies nur 4625 Bewohner hat! In fast keiner Stadt der Welt ist man mit seinen Stadtvätern ganz zufrieden, aber hier in Frankreich beruht die Unzufriedenheit auf der eklatantesten Ungerechtigkeit, auf der Herrschaft einer Oligarchie des nationalen Bloks, die gebrochen werden muß und es noch nicht werden kann, weil alle Vorschläge einer Wahlreform an den konservativen Köpfen der Stadträte gescheitern.

Schon bei der Sitzung des Generalrates der sozialistischen Partei am 1. Dezember wurde die Notwendigkeit einer Reform betont, und der Innenminister legte daraufhin kürzlich ein Projekt vor. — aber die Aristokratie im Pariser Rathaus wollte davon nichts wissen. Sie fürchtete um das Ende ihrer Herrschaft und möchte ihre Plätze behalten. So werden die Mairewahlen, falls nicht ein schärferer Druck von der Regierung ausgeübt wird, kein Zeichen sein können für die jetzige Stimmung des Landes. Denn von den 80 Stadtratsämtern hat in Paris der nationale Bloks 50, das heißt 62 %, während man bei den Kommunalwahlen vom 11. Mai sah, daß er höchstens 45 % der Wähler hinter sich hat. Dabei darf man nie vergessen, daß Paris die reaktionärste Stadt in Frankreich ist, daß also die Resultate noch weit mehr zugunsten der Linksparteien ausfallen könnten, wenn nicht die Stimme eines reichen Bürgers genau soviel wogte wie die von 25 Armen.

Die sozialistische Partei hat Anfang Februar auf dem Grenobler Kongress beschlossen, zum ersten Wahlgang, wo noch das

System der absoluten Mehrheit gilt, nur eigene Kandidaten aufzustellen, dagegen beim zweiten mit bürgerlichen gegen die Leute des nationalen Bloks aufzutreten, da bei der Stichwahl eine relative Mehrheit genügt. Dieser Fall wird bestimmt oft eintreten. Denn zum Beispiel im Departement Seine würde man 2000 sozialistische Kandidaten aufstellen müssen, wenn man nicht wenigstens beim zweiten Wahlgang in eine Koalition mit linksbürgerlichen einwilligte; allerdings darf dies dann nur unter der Kontrolle der betreffenden sozialistischen Lokalgruppe geschehen.

Man soll nicht übersehen, daß die Wahl des neuen deutschen Reichspräsidenten einen ungeheuren Einfluß auf den Ausgang dieser Gemeindevahlen ausüben wird: Würde etwa in Deutschland ein Präsident gewählt werden, der bei den deutschen Nationalisten ein guter Bekannter ist, so ist die Aussicht darauf, daß die französischen Gemeindevahlen nach links gehen, von vornherein gleich null. Und andererseits ist der Ausfall der jetzigen französischen Wahlen von enormer Bedeutung für die künftige europäische Politik. Denn der französische Senat wird auf indirektem Wege durch die Gemeinderäte gewählt, und zwar findet alle zwei Jahre eine Neuwahl für je ein Drittel des Senates statt. Die Gemeinderäte, die also im Mai gewählt werden, werden auch später bei der Zusammenfassung des Senates ihr entscheidendes Wort mitzureden haben. Je sicherer daher in Deutschland die Republikaner bei der Präsidentschaftswahl geslagen werden desto stärker wird es später im französischen Senat, der zurzeit ganz reaktionär ist, tragen können.

Kurt Lena.

Reisende Priester.

Der elfjährige Alexis lobt gegen Herriot.

SPD. Paris, 6. März. (Eig. Drahtf.)

Der katholische Alexis Frankreichs fehlt seinen Kampf gegen das Ministerium Herriot mit einer Kühnheit fort, die die Geduld und Toleranz, die das Kabinett bisher an den Tag gelegt hat, auf eine harte Befähigungsprobe stellt. Vor wenigen Tagen ist durch eine Verordnung die Einführung der interkonfessionellen Simultan-Schule in Essaj-Lothringen angeordnet worden. Darauf antwortet am Freitag der Bischof von Straßburg, Rud., in einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem er in der herausforderndsten Weise gegen die Regierung wettert und ankündigt, daß er alle Kinder, die die Simultan-Schule besuchen werden, nicht zur ersten Kommunion zulassen wird.

Rehaus in der belgischen Kammer.

Noch ein Vorstoß der Sozialisten für Eupen-Malmedy.

Brüssel, 7. März.

Das belgische Parlament ist am Freitag auseinandergegangen. Im Senat kam es noch zu außerordentlich heftigen Szenen wegen des sozialistischen Antrages Eupen-Malmedy eine eigene Vertretung im Parlament zu gewähren. Ein von der Kammermehrheit abgelehnter Antrag war von den Sozialisten im Senat wieder aufgegriffen worden. Der sozialistische Abgeordnete Lafontaine, der frühere Vertreter Belgiens im Völkerverbund, protestierte gegen die Anexion dieses Gebietes, für die im Vertrage von Versailles nur Scheingründe vorgebracht seien. Die Haltung der Liberalen reizte die sozialistischen Senatoren zu heftigen Zwischenrufen, sodaß die Sitzung schließlich unterbrochen werden mußte. Später wurde der sozialistische Antrag auch im Senat abgelehnt und die Angliederung Eupen-Malmedys in den Kreis Belgiens endgültig beschlossen. Der Wahltag bleibt der 5. April.

Verföhlliche Innenpolitik der Regierung Baldwin.

SPD. London, 6. März. (Eig. Drahtf.)

Im Unterhause ist am Freitag der Gesetzesentwurf behandelt worden, durch den den Gewerkschaften verboten werden soll, Beiträge für politische Zwecke auch von solchen Mitgliedern zu erheben, die nicht freiwillig solche Beiträge leisten wollen. Baldwin, der infolge der schweren Erkrankung seiner Mutter in den letzten Tagen dem Parlament ferngeblieben war, erschien selbst in der Sitzung und hielt eine sehr verächtliche Rede. Er sagte, daß er zwar an die Gerechtigkeit eines solchen Gesetzes glaube, aber im Interesse des Friedens das Gesetz nicht angenommen werden sollte. Als der Premierminister erwiderte, spendete ihm das ganze Haus, einschließlich der Arbeiterabgeordneten, lauten Beifall. Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt.

weiter! Allerhand ehrgeizige Pläne schloßen ihr durch den Sinn. Oh, sie würde sich schon schämen, wenn sich's lohnte, sich ducken, wenn's not tat! Das mühte man, wenn man's zu etwas bringen wollte. Und hatte sie sich bei Reiches im Keller gelernt, welche Neben den Leuten angenehm sind?!

Mit einem entschloßenen Blick in den Augen, der das schöne Blau zu einem kahlharten Grau veränderte, nickte sie ihrem Spiegelbild zu — hier kündigte sie in nicht zu ferner Zeit, das stand fest bei ihr. Wozu? aber wollte sie sich heute einmal amüßeren.

Auf dem Bett lag der ganze Sonntagsstaat ausgebreitet, kritischen Blickes betrachtete sie ihn. Das perlbestickte Cape von der Freiern war noch sehr schön — die lag nun schon beinahe ein halbes Jahr in der Erde, die fing gewiß bereits an zu faulen. Ohne jedes Grausen dachte sie daran, mit einem neuen Berganzeln. Hätte sie sonst das schöne Cape bekommen?!

Das Kleid hatte weniger ihren Beifall — 's war noch ihr schwarzer Einsegnungsrock und die rosa Bluse — aber zu einem neuen hatte es noch nicht gelangt. Ach! Markt mußte sie für den Federhut abbezahlen, sowie sie ihren ersten Monatslohn bekam. In dem winkligen Erdel-Büchlein bei Rosalie Grummach hatte sie den erstanden; die Minna vom Doktor hatte sie dahin rekommandiert, die all ihre Kleider dort kaufte, richtige Damenkleider. Ach! Markt! Aber er war auch noch so gut wie neu, an der Seite aufgeschlagen, von weichstem hellem Filz, mit langer gekrauter Straußenfeder.

Lächelnd hielt sie ihn mit beiden Händen über ihr Köpchen, die hühe Form stand ihrem sanften Madonnenheitel gar zu gut. Ihre feinen Nasenflügel ätzteten und blähten sich in verhaltener Begier; sie schien in die Ferne zu lauschen — schon hörte sie die Tangmuschel! Unbewußt summte sie einen Walzerakt. Und wie die Leute sie anlächelten — sie lächelte wieder — da — ein Ringeln an der Hintertür!

Mergerlich griff sie nach ihrer Nachtsack. Ne, mochten sie selber aufmachen, heute war ihrer freier Sonntag! Die Stimme des Heinen Kurt ertönte draußen: „Die Bertha ist noch da, jawohl!“

Gleich darauf klopfte es an die Kammertür. „Bertha, mach auf! De Mine!“
Bertha hob den Riegel zurück. „Du — —?“ sagte sie langgezogen.

Mine umarmte sie kräftig.
„Ach du läßt mer ja den Hut runter!“ Bertha wich zurück und schaute mit beiden Händen nach ihrem Kopf. Vorsichtig legte sie den Hut aufs Bett. „Na, wie geht der?“
Mine lachte mit einer gewissen Beschränktheit. „Gut, sehr guat!“

„De siehst ja!“
„Ne, woher haste denn den feinen Hut?“
„Gelaust. Schön, gelle?“
„Wundersehene“, rief Mine bewundernd und schlug die Hände zusammen.

„Sich der“, sagte Bertha, um vieles freundlicher.
Mine nahm auf dem Weitrund Platz und stocherte mit der Spitze ihres großen baumwollenen Regenschirmes an ihren Schuhen herum; sollte sie der Freundin was anvertrauen? Sie mußte nicht recht, wie sie's anfangen sollte.

„Du“, flüsterte sie endlich nach langem Besinnen, „ich hab en Schatz!“
Bertha war ganz mit sich beschäftigt, sie schien gar nicht zu hören.

„Er is aber sehr guut und sehr sechene, un —“ sie brach ab und lächelte stolz.
„So?“ sagte Bertha leichtthin. „Weißte, ich muß elen, die andern warten auf mer.“

„Wohin gehste denn?“
„Ich hab' mer verabred't, mit fünf anderen Mädels — ich weiß nich.“

Sie sagte nicht: „Komm du auch mit!“ Mines Herz zog sich zusammen. Ihr Kleid glatt streichend, stand sie auf.
„Markt, ich komme mit bis runter“, rief Bertha.

Das Cape mit einem Finger am Anhängel haltend und wie eine Windfahne wirbelnd, sprang sie leichtfüßig neben Mine die Hintertreppe hinunter. Unten am Doktor schüttelte sie ihr die Hand. „Adje, Mine, amüßer der!“ Wüßlich fiel's ihr ein, und einem gutmütigen Impuls folgend, hauchte sie nach dem Kleid der sich langsam Entfernenden. „Du, Mine, komm och mit!“

„Ne, ne!“
„Biste mer heese?“
„Ne, ne, ich —“

Mine beendete ihren Satz nicht, sie wurde glührot und guckte mit leuchtenden Augen der Lagemeterdreische nach, die, trotz der dichtgedrängten Inzassen, leicht und elegant an ihnen vorbeisaupte. Der Kutsher hob für einen Augenblick die Peitsche grüßend an den Zylinder.

Bertha lachte. „Kenneste den och?“
„Wen — wen meinstu?“ stotterte Mine verstimmt.
„Na, den Weißläderten! Der Müller, der Plätterin ihr Mann!“

„Der Plät — terin — ihr — — Mann?“
„Gelle, die kann lachen?! Ein netter Mensch! Un immer fidel. Man kann sich keine tottachen. Wenn er zu Hause is, steht er im Laden und puffert de Mädels. Die macht en Geschäfte! Un, laß los!“ (Fortsetzung folgt.)

Unsere Zukunft gehört der Jugend,



die reichlicher und kräftiger Ernährung bedarf. Frühlingsbrot, mit Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ bestrichen, erfüllt diese Notwendigkeit. Wohlgeschmack, hoher Nährwert und Billigkeit sind ihre Kennzeichen. Preis 50 Pfennig das Halbpfd. in der bekannten Packung.

Schwan im Blaубand frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbig illust. Familienblatt „Die Blaубand-Woche“ gratis zu verlangen.

Zentral-Theater

Fernruf 1359 u. 8956 Johannisstraße 25

Ab heute:
 1. Trauer-Feierlichkeiten für den Herrn Reichspräsidenten **Fritz Ebert.**
 Aus den Tagen **Buffalo Bills**



- 2. **Rothäute**
Sensations-Abenteuerfilm in 6 Akten.
- 3. **Heimatlos**
Sensations-Abenteuerfilm in 6 Akten.
- 4. **Brownie ist heimatlos**
Amerikanisches Lustspiel in 2 Akten. In der Hauptrolle: „Der Wunderhund Brownie“.
- 5. **Harry und das Steinach-Elixier**
Amerikanische Groteske in 2 Akten. (1963)

Jugendliche und Kinder von sechs Jahren an haben wochentags in der Nachmittags-Vorstellung von 4 Uhr an Zutritt zu halben Preisen.

Spielzeit ununterbrochen 4-11 Uhr, Sonntag 3-11 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8 1/2 Uhr.

Der Winter ist noch nicht zu Ende!

Extrapreise für Trikotagen

Damen-Hemdchen	2x2 gestrickt.....	95 ^h
Damen-Hemdosen	gute Qualität.....	2.25
Damen-Schlüpfer	1a. feine Baumwolle.....	1.35
Herren-Einsatzhemden	gute haltbare Qualität....	3.75
Herren-Hemdosen	1x1 gestrickt.....	8.50

Extrapreise für Strümpfe

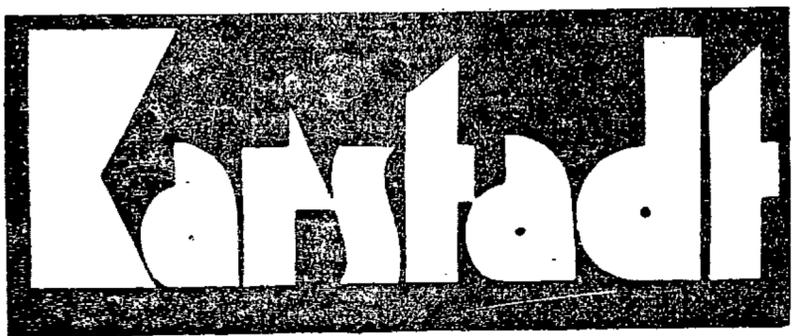
Damen-Strümpfe	1a. Mako, schwarz und farbig.....	1.95
Damen-Strümpfe	Wolle plattiert.....	2.25
Damen-Strümpfe	1a. reine Wolle, schwarz und farbig	3.95
Herren-Socken	gestrickt, schwere Baumwolle.....	60 ^h
Herren-Socken	Wolle plattiert.....	1.95

Extrapreise für Wollwaren

Kinder-Sportjacken	in schönen Farben.....	4.50
Kinder-Sweater	gute haltbare Qualität.....	4.50
Damen-Jäckchen	1a. Kammgarn.....	8.75
Damen-Jacken	lange Form 1a. Wolle.....	9.75
Bleyles Sportjacken, Sweater, Anzüge	in großer Auswahl	

Extrapreise für Handschuhe

Damen-Handschuhe	Wildleder-Imitation.....	1.50
Damen-Handschuhe	Wildleder-Imitation, Stepper ..	1.75
Damen-Handschuhe	1a. Wildl.-Imitat., m. farb.Aufnabt	1.95
Herren-Handschuhe	1a. Trikot.....	95 ^h
Herren-Handschuhe	Wildleder-Imitation.....	1.50



Proloffmann

Morgen **Op. Bull** Ballmusik:
 Mittwoch **Richard-Wagner-Orchester**
 Kassenöffn. 7 1/2 Uhr Anfang 8 Uhr Inh.: H. Reck

3674 **Stadttheater Lübeck**
 Dienstag, 7.30 Uhr:
Susannens Geheimnis und Schiller d. Pierrette. (3689)
 12. Premieren-Vorstg.
 Mittwoch, 7.30 Uhr:
Hose 18. Premieren-Vorstellung
 Donnerstag, 7.30 Uhr:
Troubadour
 Freitag, 7.30 Uhr:
Gespenster

Städtisches Orchester

Volkstümliches Konzert
 im Gewerkschaftshaus
 Mittwoch, den 11. März
 abends 7 1/2 Uhr
 Leitung: Generalmusikdirektor 3712 **Karl Mannstaedt**
 Solist: Konzertmeister **K. Kundrat**

F. Lichtenstein, Kleider- u. Garderoben werden billig angefertigt (3710) Braunschweig 26.

Chorverein „Treue“
 VON 1887
Hamburg-Eilbeck
 Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
 Chorleiter: **Franz Bachhaus**

KONZERT
 Lieder aus alter und neuer Zeit
Männer- und Gemischte Chöre
 189 Sänger resp. Sängerinnen
 am **Sonntag, 14. März 1925**
 im **Gewerkschaftshaus,**
 Johannisstraße 50-52
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pfg.
 Hierzu laden freundlich ein (3696)
Der Vorstand

Läuse
 Pa. frische Schweinestöpfe . . . Pfund 40 Pfg.
 Pa. frisches fettes Rindfleisch . . . 70
 Fr. Hack Pfd. 60, Beefsteak, Rindfleisch Pfd. 1.
 Pa. Schweinehälften 90, Kalbfleisch 50
 Gulasch Pfd. 70, Herzen 35, Nieren 50
 Leberwurst, Gekochte, Blutwurst, Salze Pfd. 1.
 Fr. Macaroni Pfd. 70, Kohlwurst Pfd. 1.
 3716) O. Stöver, Bohmstr. 22, Zelenh. 2133
 Preis jeder zahl 100 mit „Niederh.“ nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf, Fuß, Kleider- (Hut) verliert. Keine Strafe mehr oft bei einmaliger Anwendung von „Niederh.“
 Verkauf nur Regensburgstraße 4 (3676)

Luisenlust
 Mittwoch: Gr. Tanztränchen Eintritt u. Tanz frei
 Sonnabend, den 21. März:
Groß. Preis-Lumpenball

Berein „Fritz Reuter“ Lübeck
 15. März:
Narrn-Sier (Maskenball)
O Hannes wat'n Haut
 Stod 6 **Flora** Stod 6
 20-er sind bi Flint. Gnackegrow 70. Bischoff & Träger Königstr. 93 Westphal. Georgstr. 26 Koch, Marckegrow 6. tau hebb'n. (3685)
 Abends geen Raff.
 De Mitgl. ward'n bed'n sid disse Woch mit Kort'n tau verjejn.
 De närrische Rat.

Fledermaus
 Heute:
Das große Programm
 — Tanz —
 Biere und Getränke aller Art
 Morgen Mittwoch:
Reiterer Familienabend
 Eintritt 50^h (3697)
 Sonnabend:
Bubi-Ball
 Prämiierung der drei schönsten Bubiköpfe
 Kleine Preise
 Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/80, heizbare Räume mit Zeitung 20, ohne Zeitung 10 Galopfg. (3687)

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 10. März.

Winterwetter.

Die schönen Tage von Arranjuez scheinen wieder vorbei zu sein. Am Sonntag ging das Schneien und Graupeln schon los, und in der Nacht zum Dienstag schneite es so tüchtig wie mitten im Winter. Draußen ist die schönste Schneelandschaft. Die Wettermacher sagen, die Witterung stehe seit Sonntag unter dem Einfluß eines ausgedehnten Depressionsgebietes, das sich von der Nordsee über die Ostsee bis Finnland und Nord-Island ausdehnt. Dieses Gebiet bekam bis zum Sonnabend warme Luft vom Ozean her zugeführt. Sonntag wurde diese warme Luftzufuhr plötzlich durch einen Strom kalter Luft abgelöst, der von Island über Grönland auf die britischen Inseln vorrang. Die starken Temperaturgegensätze führten am Sonntag nachmittag in ganz Nordwestdeutschland zu Gewittern, die in dieser Jahreszeit als außerordentlich betrachtet werden. In der Nacht folgten dann mit erheblich aufsteigenden und zum Teil stark böigen nordwestlichen Winden Schneefälle ein, die noch in einzelnen Teilen von Nordwestdeutschland anhalten. — Aus russischen, finnischen und schwedischen Hafenstädten wird Eisgefahr gemeldet. Die Schiffe können nur mit Eisbrecherhilfe durchkommen. — Am Sonnabend und am Sonntag stellte sich in den höheren Lagen des Schwarzwalds ein außerordentlich schwerer Schneesturm ein, während in den tieferen Lagen Tauwetter und Schneeschmelze eintraten. Auf den Höhenkämmen und Berggipfeln des südlichen Schwarzwaldes, vor allem im Bereich des Feldberg, des Herzogenhorns und des Welchen, beträgt die Schneedecke jetzt 100 bis 120 Zentimeter und erreicht damit den weitaus höchsten Stand dieses Winters. Vielfach traten heftige Schneeverwehungen auf, so daß die Schneepflüge in Tätigkeit treten mußten.

Die Fehlgelburt Dr. Witterns.

Die Lübecker Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 23. Februar in erster Lesung die vom gemeinsamen Ausschuss beantragten Abänderungen zur Lübeckischen Landesverfassung mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Nach einer langen allgemeinen Aussprache, in der auch Dr. Wittern ausgiebig zu Worte kam und auf die zahlreichen von ihm gestellten Abänderungsanträge einging und eingehen konnte, wurde von der Bürgerschaft in vorgerückter Stunde beschlossen, von einer Spezialberatung abzulehnen. Das widerspricht unzweifelhaft dem Wortlaut der Geschäftsordnung der Bürgerschaft, die in ihrem § 14 bestimmt, daß nach der Beratung über die Gesamtvorlage und die zu ihr gestellten Anträge eine Beratung über ihre Teile zu eröffnen ist. Vom Vorsitzenden der Bürgerschaft wurde das auch zugegeben, jedoch erklärt, daß die Bürgerschaft im Einzelfalle berechtigt sein könnte, von der sich selbst gegebenen Geschäftsordnung abzuweichen. Also dieser Sachverhalt ist ganz klar. Gewiß ist das sehr bedenklich, besonders auch deshalb, weil die Mehrheit auch ihre Macht einmal wirklich mißbrauchen kann und eine gewisse Unsicherheit dadurch hervorgerufen wird. Aber ohne Beinträchtigung der Gültigkeit der abgeschlossenen Vorlagen ist es möglich. Nun bemüht sich jedoch Dr. Wittern in der bürgerlichen Presse, aus ihm Folgerungen zu ziehen, die ganz abwegig sind. Er behauptet mit der ihm eigenen Selbstsicherheit, die in der Bürgerschaft in erster Lesung gefassten Beschlüsse seien ungültig, weil die Bestimmungen der Geschäftsordnung der Bürgerschaft verletzt worden seien und diese seien nach dem Wortlaut und Inhalt der Verfassung zu ändern. Was sagt nun der Artikel 88 unserer Verfassung? Folgendes: „Der Geschäftsgang bei den Beratungen der Bürgerschaft wird, soweit er nicht im vorstehenden (d. h. in den Bestimmungen der Artikel 26 und 37 der Verfassung) festgesetzt ist, durch eine von der Bürgerschaft zu beschließende Geschäftsordnung geregelt.“ Hiernach ist nur vorgeesehen, daß die Bürgerschaft sich für ihre Beratungen eine Geschäftsordnung zu geben hat, jedoch keinesfalls, daß die Innehaltung dieser Geschäftsordnung die Voraussetzung für die Gültigkeit der beschlossenen Gesetze ist. Für das Zustandekommen gültiger Gesetze sind allein maßgebend die Bestimmungen der Verfassung und die sind bei der ersten Lesung der Anträge des gemeinsamen Ausschusses beobachtet worden. Wollte man die Auffassung Witterns gelten lassen, dann müßte der Senat bei jeder Vorlage feststellen, ob bei ihrer Beratung auch alle Bestimmungen der Geschäftsordnung beobachtet worden

sind. Erfahrungsgemäß kommen aber in allen Parlamenten gelegentlich Abweichungen von der Geschäftsordnung vor, ohne daß dadurch jemand auf den Gedanken käme, nun beständen die Beschlüsse nicht zu recht. Selbstverständlich hat die Minderheit der Bürgerschaft die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, wenn einmal aus irgend einem Grunde die Mehrheit von der Geschäftsordnung abzuweichen gedenkt, doch weitere Folgerungen können nicht entstehen. Damit kann man wohl die „Fehlgelburt“ Dr. Witterns ihrem Vater überlassen; sie wird schwerlich die Bürgerschaft erwärmen und zu einer Wiederholung der ersten Lesung veranlassen, für die nicht nur kein zwingender, sondern überhaupt kein Grund vorliegt.

Der Arbeitsmarkt im Februar. Die Gesamtlage auf dem männlichen Arbeitsmarkt hat sich im Februar dadurch etwas günstiger gestaltet als im Januar, daß sich die Zahl der durch den öffentlichen Arbeitsnachweis besetzten Stellen um 20 v. H. gegenüber dem Vormonat besserten. An der Besserung haben das Metall-, Holz- und Baugewerbe, letzteres wenigstens soweit Maurer und Maler in Frage kommen, den größten Anteil. Außerordentlich ungünstig war die Lage für die Handels- und Bureauangestellte. Es konnten lediglich einige kurzfristige Ausschüßstellen vermittelt werden. Dagegen gestaltete sich für die ungelerneten und jugendlichen Arbeiter die Lage etwas besser. Der weibliche Arbeitsmarkt zeigte nach wie vor ein ungünstiges Bild. Es trat zwar eine etwas erhöhte Vermittlungstätigkeit ein, sie wurde jedoch durch einen größeren Zugang neuer Arbeitsuchender wieder ausgeglichen.

Der Kirchensteuerzettel spukt immer noch an Stellen herum, wo er nichts zu suchen hat. Das Finanzamt oder die Kirchenkasse möchte gar zu gerne von so manchem Ausgetretenen ein paar Marklein haben, und zets bedarf es des Einspruchs derjenigen, die mit der Sache nichts mehr zu tun haben wollen. So erhielt ein Arbeiter wieder einen Kirchensteuerzettel, obwohl er schon vor 15 Jahren aus der Landeskirche austrat. Man sollte doch meinen, daß die Steuerbücher etwas exakter bearbeitet würden! Noch mehr: Wie uns von der Steueramt Verfolgte schreibt, kam ein Beamter zum Einfassieren. Da der Mann alleinlebend und meistens abwesend ist, legte die nebenan wohnende Frau die 2,80 Mk. aus und versuchte andern Tags, als sie aufgeklärt war, das Geld auf dem Finanzamt wiederzuholen. Sie wurde von einem Zimmer zum anderen geschickt, zum anderen Tag wieder befohlen und dann wurde ihr gesagt, man könne ihr das Geld nicht geben, der betr. Mann müßte selbst kommen. Dieser muß natürlich schwerer Arbeit nachgehen und hat keine Zeit, noch Lohnstunden wegen behördlicher Nachlässigkeiten zu verlieren. Es gehört sich, daß die Einzugsstelle das Geld wieder hinschickt, wo sie es geholt hat. Wie stark die Kirche auf die Kirchensteuer ist, ergibt sich auch daraus, daß sie jetzt die Steuer von Ehefrauen einzuziehen sucht, deren Männer aus der Kirche ausgetreten sind. Die Frauen sind nur Steuerpflichtig, wenn sie eigenen Erwerb haben. Ebenso minderjährige Kinder, für die der Vater oder Vormund den Austritt nicht angemeldet hat. Es wird nun endlich an der Zeit, daß die Belästigungen aufhören, Klagen sind schon genug laut geworden.

Jugendweiche: Das Arbeiter-Bildungsinstitut (die Bildungsorganisation der Gewerkschaften und der Partei in Leipzig) gibt zur diesjährigen Jugendweiche ein Geschenkbüchlein (4 Bogen stark) heraus. Es ist glänzend ausgestattet, enthält neben einigen belehrenden Aufsätzen für die Jugend hervorragende literarische Beiträge (Prosa) von Herz, Köhler usw., ferner eine Reihe Dichtungen, wodurch dieses Büchlein geradezu zu einer kleinen Anthologie für die schulentlassene Jugend und für die Feiern selbst wird (Toller, Barthel, Bröger, Hendell, Brand, Engelle usw.). Der besondere Charakter dieses Büchleins, der es so recht zum Geschenk geeignet macht, ist die vorzügliche Ausstattung mit dreißig Bildern — nach Radierungen Holzschnitten, Gemälden (Majereel, Meunier, Kollwitz, Thoma, Ullie, Millet usw.). Trotzdem kostet das Büchlein in halbleinen einlekt nur 1 Mark. Organisationen erhalten Rabatt. Man wende sich deshalb an das Allgem. Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Braunstr. 17.

Stadttheater. Heute abend 7.30 Uhr findet die Balletparade „Der Schleiher der Pierrette“ von A. Schnitzler mit der Musik von Dohnanyi unter Leitung der Balletmeisterin Alice Zidler ihre hiesige Uraufführung. Als Beigabe wird dazu noch unter der hiesigen Leitung von Dr. Hein Wolf-Ferraris Intermezzo „Suffannens Geheimnis“ gegeben.

musikal. Leitung: Kapellmeister Borowka. — Wegen Erkrankung des Herrn Paul Seemann mußten die Proben zu Masseneis Oper „Manon“, deren hiesige Uraufführung für Sonntag, den 15. März in Aussicht genommen war, vorläufig abgebrochen werden, dafür wird an diesem Tage Lorchings „Waffen- schmieb“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Das Schauspiel bringt demnächst Werfels „Schweiger“ unter Spielleitung Karl Heidmanns heraus. Vorgelesen ist auch noch in nächster Zeit Goethes „Egmont“. Die Oper bereitet „Don Juan“, „Barrivall“ und zu Ostern „Margarithe“ vor.

Fledermaus. Wir werden um Ausdruck dieser Zeilen gebeten: Die Direktion Braune-Wolfram der Fledermaus hat zur Einberufung der Not für die Hinterbliebenen und Rettungsmannschaften des Dortmunder Grubenunglücks eine Sammlung unter ihren Gästen veranstaltet, welche den Betrag von: 675,12 Mark eintrachte. Diese Summe wurde Herrn Bürgermeister Dr. Neumann zur Verfügung gestellt.

Reaktion in der Schule.

Unter dieser Überschrift erschien am vergangenen Freitag ein Artikel im Volksboten, auf den am Sonnabend von Gen. H. Löwigt mit einigen Bemerkungen erwidert wurde. Ich bin zwar nicht der Verfasser des ersten Artikels, möchte mir aber doch zur Sache und besonders zur Löwigtischen Erwiderung ebenfalls einige Bemerkungen erlauben.

In Lübeck wurde am 4. März in allen Schulen während der letzten Stunde eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten abgehalten. In Hamburg, Preußen und anderen deutschen Ländern wurde eine würdige Trauerfeier angeordnet und der Unterricht für diesen Tag ausgesetzt. Warum dieser Unterschied? — Nach Meinung des Herrn Senator Löwigt kommt es nur darauf an, wie der Lehrer die Person des Gestorbenen zu würdigen versteht. Nur darauf kommt es an? Dann hätte auch die letzte Schulstunde nicht ausfallen brauchen; man hätte die Feier im Anschluß an den Unterricht oder gar in einer Pause abhalten können. Eine solche Feier ist wohl für einen Betrieb, in dem Erwachsene arbeiten, denkbar, aber nimmermehr für eine Schule; denn diese soll erziehlisch wirken für die Kinder ist das Oberhaupt der Republik das äußerlich sichtbarste Symbol der Republik. Die Trauer des Volkes um den Dahingegangenen soll auch das Kinderherz ergreifen. Die Tiefe der Trauer soll dem Kinde nicht nur den persönlichen Wert des Toten, sondern auch die Bedeutung dieses höchsten Amtes der Republik vor Augen führen. Die Feier soll ihm die Augen öffnen über die Größe des Verlustes, den republikanischen Gedanken im Kinde stärken. Das ist aber nur möglich, wenn alles Störende ausgeschaltet wird, so daß nur der eine Gedanke, der tiefen Trauer ergreift auf das Kind einwirkt. Nach langer Jahren, längst erwachsen, wird es sich noch dieses Tages genau erinnern, an dem unser Volk um seinen ersten Reichspräsidenten trauerte, Kindern und Kindeskindern im Alter davon erzählt!

Ein solcher Eindruck kann aber nicht erzielt werden, wenn das Kind vorher die alltägliche Arbeit zu leisten hat, durch fünf Stunden verdrängter geistiger Arbeit hindurchgepeitscht, vielleicht sogar noch geübelt oder bestraft werden muß, um dann in der letzten Stunde zu hören: Jetzt sollt du feiern. Eine Trauerfeier. Es handelt sich um den Reichspräsidenten ... Eine psychologische Unmöglichkeit!

Kinder ziehen leicht Vergleiche. Wie war es damals im Kriege? Als Deutschland noch einen Kaiser hatte?

Damals hatten wir an jedem Feiertage Schulfrei. Feiern Zeit, das! Ja, wenn der Kaiser gestorben wäre, dann hätten wir wohl auch eine Feier 1. Ordnung gehabt! Aber heute genügt eine kurze Feier in der letzten Stunde. Ein Reichspräsident ist ja wohl auch nicht soviel wie ein Kaiser! — Solche und ähnliche Schlüsse zieht die Jugend. Und die monarchistischen Kreise stehen ableits und lachen sich ins Fäustchen! Man hat schon lange beanstandet, daß bei allen möglichen Anlässen der Unterricht ausfällt. Jetzt bietet sich ja die schönste Gelegenheit, damit aufzuräumen. Ausgerechnet beim Tode des edlen sozialdemokratischen Führers, der sich die hohe Achtung fast aller Volksparteien, seiner politischen Gegner, erworben hat, wird die Bremse angelegt! Eine solche Hintanhaltung der Interessen der Republik kann ich allerdings auch nicht als „Selbstentwertung“ oder „Einfalt“ bezeichnen; „Unwürde“ und „Verletzung des gesunden Volksempfindens“ sind Ausdrücke, die hier mehr am Platze sind, wenn sie auch bei weitem nicht ausreichen, um die Billigung von solchem Verhalten zu fassen!

Ich bin in der Lage, mitteilen zu können, daß auch sehr viele Lehrer (aller politischen Schattierungen) an der Art dieser

Rückkehr der Erziehung zu den Ursprüngen deutschen Weltens.

Zu dem Vortrag von Martin Luserke.

In Deutschland bedeutet „Schule“ ausschließlich den gewaltigen Apparat des öffentlichen Schulwesens. Während in England beispielsweise die Schulbildung größtenteils Privatsache ist, stellen bei uns die Privatschulen nur ein Randgebiet des öffentlichen Schulwesens dar. Es sind in der Hauptsache Schulen für besondere Fälle, und es haftet ihnen ein leiser Geruch von Wohlhabensanstalt oder Institut für zurückgebliebene Schüler an. Wer es kann, behält seine Kinder zu Hause, und dagegen ist gewiß nichts zu sagen, wenn dies „Wer es kann“ ernst und vom Interesse der Kinder aus genommen wird.

Die Schulen, von denen hier die Rede ist (Deutsche Land-erziehungsheime, Freie Schulgemeinde Wadersdorf, Oberwalliser Schule Oberhambach, Landerziehungsheim Schönborn am Ammersee, Landschulheim am Solling bei Holzwinden, Bergschule Hochwaldhausen, Freie Schul- und Werkgemeinschaft Lehlingsen, Schule am Meer auf Juist) bilden eine besondere Gruppe zwischen dem öffentlichen und dem privaten Schulwesen. Jede der Schulen verkörpert eine bestimmte Erziehungsart, die aus einer inneren Naturnotwendigkeit so geworden ist, wie sie heute vorliegt. Es scheint eine dem deutschen Geistesleben eigentümliche Erscheinung zu sein, daß in gewissen Zeitaltern eine Gruppe solcher Schulen zwischen privaten und öffentlichen Schulen hervortritt. Im Zeitalter der Aufklärung wurde eine entsprechende Gruppe von Schulen für das ganze Bildungswesen bedeutsam. Namen wie Pestalozzi, Froebel sind noch heute bekannt. Auch ihre Gründungen waren private Schulkolonien und ihre Bedeutung hat sich erst langsam entfaltete.

Heute haben wir es mit einer verwandten Erscheinung zu tun. Das Wesentliche solcher Schulen ist, daß Erziehung bei ihnen nicht bloß nach verbesserten Methoden und unter anderen Lebensumständen (etwa auf dem Lande statt in der Stadt oder in kameradschaftlichem Zusammenleben mit den Lehrern) geschieht, sondern daß sie einen Willen zur Ganzheit des öffentlichen Lebens verkörpern, daß es so etwas wie eine Schulgemeinschaft gegenüber allen Gebieten des jugendlichen Lebens gibt. Goethes Epoche kannte noch eine Idee von Ganzheit im Leben des Erwachsenen, wenn sie auch einseitig standesgemäß war. Im Wilhelm Meister begegnen wir immer wieder diesem in sich geschlossenen Leben im Typ des Landadelmanns. Die

Lebensschule für die Jugend, wie sie Goethe etwa in der pädagogischen Prologis skizziert, ist eine Art Vorausspiegelung dieses vorhandenen Ideals in die Sphäre der Jugend und Pädagogik. Wert ist ebenso ständig empfunden als eine echte Volksschule.

Die heutige Gruppe von Enderschulen wird von einer viel ungestümmten Bewegung hervorgerufen. Wir unterliegen seit einem Jahrhundert dem zehenden Einfluß einer übermächtigen bloßen Zivilisation. Das gesellschaftliche Leben wird mehr und mehr innerlich zerfallen in so verschieden geistige Klassen wie etwa den Techniker und den Künstler, den Stadt- und den Landmannen; Arbeiter und Bauer werden sich immer weisensfremder. Eine noch verhängnisvollere Zerspaltung aber erfährt jeder einzelne Mensch, nämlich die in ein Erwerbs- und ein Gemütsleben. Die verhängnisvollste Spaltung aber ist im Vordergrund gar nicht so sichtbar. Wie eine kalte, lähmende Krankheit im Organismus erst nach Jahren und dann vielleicht in bestimmten Situationen zutage tritt, so wird diese Gefahr im Volkskörper vielleicht erst nach Jahren deutlich sichtbar; es ist die Ausdehnung des Menschens aus dem Rhythmus der Natur. Der Stadtmensch erlebt sie am stärksten. Weitgehend gelöst aus dem Rhythmus der Tages- und Jahreszeiten machen wir durch künstliche Beleuchtung den Tag gleichförmig und leben in dem künstlichen Klima unserer Stubenwelt auf einem vorwiegend zweifelhafte Planeten. Das Draußen wird eine Behinderung der wirftrogen, oder die Natur wird, wie Luserke in einem seiner Bücher sagt, die große Apotheke, aus der wir am Symptom kurieren.

Dies Verhängnis ist sicher nicht durch Einzelreformen abzuwenden. Wir müssen wohl durch eine lange Uebergangszeit hindurch, ehe der gesamte Lebensstand so verändert ist, daß unser Leben wieder ungehindert durch alle seine Sphären hindurch pflücken kann.

Wenn den erwachsenen Menschen diese gefährliche Lage wohl noch auf lange hinaus nicht eripart werden kann, soll doch in den freien Erziehungsgemeinschaften und Landerziehungsheimen wenigstens für die Jugend die Ganzheit des Lebens gerettet und von Generation zu Generation als ein Schatz gerade des deutschen Geisteswesens weitergegeben werden. Das Lernen, die körperliche und künstlerische Ausbildung, die wertvolle Arbeit — alles soll im Hintergrund zusammenhängen, und dieser Hintergrund soll Kultur sein. In der Schule am Meer wird wohl am radikalsten und in direkter Anlehnung an Goethesche Geban- tengänge die Verkörperung dieses Hintergrundes in einer Welt der Erwachsenen angestrebt. Das Lehrerkollegium wird nicht nur durch eine pädagogische Idee zusammengehalten, sondern soll in sich eine geschlossene Kultur verkörpern.

Noch in einer anderen Hinsicht geht die Schule am Meer nach zwanzigjährigem Bestehen dieser Schulbewegung aufs Ganze. Sie sucht das Meer nicht aus hygienischen oder ästhetischen Gründen auf, sondern weil sie in der Meeresküstenlandschaft die Urheimat des deutschen geistigen Weltens sieht. Dieser, auf den ersten Blick vielleicht befremdlich kühne, Gedanke, des allerdings wie Veröffentlichungen der letzten Zeit zeigen, heute in der Luft zu liegen scheint, ist von Luserke in seinem Buch „Die Grundlage deutscher Sprachbildung“ unter Beibringung reicher Materials entwickelt.

Was hier nur kurz angedeutet werden konnte, findet sich in den Büchern der Schule am Meer (Angelsachsen-Berlag, Bremen) ausführlich dargestellt. Auch die Jugendbewegung, für die Luserke heute als einer ihrer Führer gilt, hängt mit denselben inneren Triebkräften zusammen.

Die naheliegende Frage, was Schulen dieser Art für die öffentliche Schule bedeuten, ist sicher so zu beantworten: Direkt übertragbar ist nichts. Wohl aber beruht die Bedeutsamkeit dieser neuen Gruppe darauf, daß nun wiederum alles, was an ihnen lebendig ist, Resonanzgebilde auch im öffentlichen Schulwesen erzeugen kann. Viele Veränderungen im letzteren, die im vergangenen Jahrzehnt geschehen sind, lassen sich ganz direkt auf Anregungen aus diesen Entdecker- und Entdecker- und Entdecker- Gebieten wie Schülerselbstverwaltung, Körperliche und künstlerische Ausbildung, Merkfähigkeit und Koedukation. Es ist daher von allgemeinem Interesse, aus der Gebantenwelt und auch aus der Wirklichkeit dieser Schulen aus direkter Quelle zu hören.

Stadttheater. „Der Vogelhändler“, Operette von Karl Zeller. Diese liebenswürdige, frische und lockende Musik barg den alten Zauber; man ergötze sich an den traulichen, schmelzenden und schmalzenden Weilen und gönnte dem braven Adam sein blickhafteres Brichstrichel (wenn sie auch beide bedenklich nach Kostümstil-Trotzern ausschauten). Unter dem fächeren und temperamentvollen Stab des Herrn Kapellmeisters Helmuth Reinisch gaben sich die Prominenten ein fröhliches Stelldichein: die Damen Döhle, Hohenfeld, Studt, dazu die Herren Hermann, Kopp, und die große Schlager-Nummer des zweiten Aktes, die so etwas wie unsterbliche Professoren Süßle und Wärmchen der Herren Beder und Teubner. Als Gast fungierte Herr Carl Trau- lom. Hinter dem klotten Zusammenpiel stand Herr Regisseur M. Hermanns Sicherheit. — Das Publikum erwies sich sehr dankbar.

Feier Anstoß genommen haben. Ich muß mich doch sehr wundern, Herr Kollege, ... "Einfach unglaublich" ... "Wo bleibt die Staatsbürgerliche Erziehung?" usw. ...

Was sagt der Kirchenrat dazu?

Russe (Lübeck), 8. 3. 25.

In die Redaktion des Lübecker Volksboten, Lübeck. In Nr. 57 des Lüb. General-Anz., 2. Beilage, lesen wir, daß der Kirchenrat verfügt hat, am Sonntag, dem 1. März im Gottesdienste im oder nach dem allgemeinen Kirchengebet des Reichspräsidenten zu gedenken. ...

Schlutup. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr bei Saborowski: Mitgliederversammlung. Redner Gen. J. Mainz.

Vorwerk. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr bei Lembrecht: Mitgliederversammlung. Jahresbericht und Vorstandswahl.

Partei-Nachrichten. Sozialdemokratischer Verein Lübeck. Sekretariat Johannisstr. 48 I. Telefon 244. Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Sozialdemokratische Frauen. Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Gemütliches Beisammensein im neuen Saal. Mitgliedsbücher mitbringen.

Partei-Vorstand. Mittwoch, 11. März, 7 Uhr abends: Vorstandssitzung im Sekretariat.

Vorstand und Ausschuß (einschl. Bezirksführer). Donnerstag, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Professorscher Sprechchor. Am Dienstag, dem 10. März, abends 7 1/2 Uhr (pünktlich) im Jugendheim, Königstraße 97: Hauptprobe zum Ernst-Loller-Abend. ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bureau: Johannisstraße 48 II. Abteilt. von 8 bis 7 Uhr nachmittags.

11. Abteilung. Dienstag 8 Uhr: Versammlung Luisenlust. Erscheinen Pflicht.

Jugendabteilung: Dienstag, den 10. März, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Wegen Lohnunterschieden sind sämtliche Buchbinderereien in Lübeck für Buchbindergehilfen und Buchbinderarbeiten rinnen gesperrt. Keine Kollegin und kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Lübeck.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Thiel, Emaillewerk, ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein Zimmerer darf dort in Arbeit treten.

Der Vorstand des Zimmererverbandes (Zahlst. Lübeck).

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Lübeck (Bezirk Reinfeld). Ueber die Zimmerarbeiten des Zimmermeisters Boje in Jatzpen bei Reinfeld ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt.

Achtung, Maurer! Ueber die Firma Thiel, Emaillewerk, ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein Maurer darf dort in Arbeit treten.

Der Vorstand des Bauergewerksbundes.

Metallarbeiter - Jugendsektion

Am Donnerstag, 12. März, abends 7 1/2 Uhr 3. und letzter Vortrag über die Reichsverfassung vom Genossen Hans Ahrenholdt. Die Jugendleitung.

Grund- und Aufwertungssteuer.

Senatsvorlagen in der Bürgerschaft.

Die Finanzbehörde hat den Erlaß eines Grundsteuer- und eines Aufwertungssteuergesetzes beantragt. Der Senat hat in Würdigung der Ausführungen der Finanzbehörde den Entwurf genehmigt und stellt sie hiermit zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Im Bericht der Finanzbehörde heißt es:

Der Zwölfte Nachtrag vom 18. Juni 1924 zum Grundsteuergesetz vom 11. Mai 1910 gilt nur bis zum 31. März 1925. Für das nächste Rechnungsjahr bedarf es daher hinsichtlich der zu erhebenden Grundsteuer einer neuen gesetzlichen Regelung. Die Finanzbehörde ist der Ansicht, daß die Finanzlage des Staates es gebietet, die jetzt geltende Grundsteuer von 7 v. H. zu erhöhen, jedoch bis zum 31. März 1926, bis zu welchem Zeitpunkt die Dritte Steuerreform vom 14. Februar 1924 unter der Voraussetzung des Fortbestandes der gesetzlichen Miete die Erhebung einer Aufwertungssteuer zuläßt. ...

Zum Grundsteuergesetz wird vorgeschlagen, daß in § 1 die gestrichelten Worte "sowie die Grundstücke des Staates und der Stadtgemeinde Lübeck" wieder aufgenommen sind. Ihre Streichung erfolgte auf Antrag des Haushaltsausschusses, damit es keinem Zweifel unterliegen könne, daß die Miete- und Pächter öffentlicher Grundstücke zu dem nach dem Reichsmietengesetz auf sie entfallenden Anteil der öffentlichen Ausgaben mit heranzuziehen seien. ...

Im § 3 ist abweichend von dem jetzt bestehenden letzten Steuerfuß vorgeschrieben, daß der Steuerfuß für jedes Rechnungsjahr durch Kauf- und Bürgerzuzug festzusetzen ist, während der für das Rechnungsjahr 1925 zu erhebende Steuerfuß von 7 v. H. in die Übergangsbestimmung aufgenommen ist. ...

Der erste Absatz des § 4 ist mit dem 1. Oktober 1923 außer Kraft gesetzt, weil bei dem damaligen gemeinen Wert der Grundstücke und der fortschreitenden Geldentwertung eine Grundsteuer von 10 v. H. und Werten über 1000 Mark nicht mehr erhoben werden konnte. ...

Festsetzung des den gemeinen Wert darstellenden normalen Verkaufswertes in allen Fällen die durch die Benutzungsart und -möglichkeit des Grundstückes bedingte Wertsteigerung zu berücksichtigen.

Eine Steuererleichterung kann nur geschehen durch eine Herabsetzung des gemeinen Wertes in den Fällen, in denen die Festsetzung den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird.

Es ist ferner die Bestimmung getroffen, daß auch ein Wechsel im Eigentum als eine Veränderung gilt, die zu einer Neuerschätzung des Grundstückes führt. In der Mehrzahl aller Verkaufsfälle wurde der Verkauf auf besonderen Verhältnissen beruhende Kaufpreis für die Neuschätzung ohne Weiteres als Verkaufswert anerkannt und es wurden dadurch erhebliche Abweichungen bei an sich gleichwertigen, oft in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Grundstücken bewirkt. ...

Die Grundstücke für die Ermittlung des gemeinen Wertes bedürfen einer Erweiterung, insofern auch die rein landwirtschaftlichen Grundstücke des Landgebietes zu berücksichtigen sind, da das früher nur auf die Stadt Lübeck und deren Vorstädte beschränkte Gesetz durch den 5. Nachtrag auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnt ist.

Der Inhalt des Aufwertungssteuergesetzes stimmt mit den Bestimmungen überein, die in den Nachträgen 9-12 zum Grundsteuergesetz und in den vorerwähnten Ausführungsbestimmungen enthalten sind.

In § 6 ist die Folgerung aus dem am 7. Januar 1925 erlassenen Nachtrag zu diesen Ausführungsbestimmungen gezogen, indem Anträge auf Ermäßigung der Aufwertungssteuer nur dann zu berücksichtigen sind, wenn sie bis zum 31. Januar 1925 beim Finanzamt eingereicht sind. ...

Die Allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes betreffen: Der gemeine Wert eines Grundstücks ist sein Verkaufspreis zur Zeit der Einschätzung. Er entspricht im allgemeinen dem Kaufpreis, der für das Grundstück im gewöhnlichen Geschäftsverkehr und unter normalen Verhältnissen nach seiner objektiven Beschaffenheit ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder lediglich persönliche Verhältnisse zu erzielen ist.

Unter "Grundstück" ist der auf einem selbständigen Grundbesitz nachgewiesene Grundbesitz zu verstehen. Mehrere Grundstücke können zu einem Steuerobjekt zusammengeschlossen werden, wenn sie eine wirtschaftliche Einheit bilden. ...

Nach den besonderen Bestimmungen kommen für die Abschätzung zunächst die Benutzungsart und die Benutzungsmodalität der Grundstücke in Betracht. ...

Kauf nach ihrer Eigenart, jedoch unter Beachtung des ortsüblichen Preises, zu geschähen.

Bei unbebauten Grundstücken ist zu unterscheiden zwischen anbaureifen Grundstücken und solchen, denen diese Eigenschaft fehlt.

Bei den nicht anbaureifen Grundstücken ist ferner zu unterscheiden, ob sie voraussichtlich schon in naher Zukunft durch Herstellung anbaufähiger Straßen die Reife für den Anbau erhalten, oder ob für sie lediglich die Möglichkeit einer späteren Einbeziehung in das Bebauungsgebiet nach Maßgabe des amtlichen Bebauungsplanes besteht, oder endlich, ob auch eine solche Möglichkeit für absehbare Zeit nicht vorliegt.

Bei der Abschätzung der rein landwirtschaftlich benutzten Grundstücke des Landgebietes ist außer der Beschaffenheit des Bodens insbesondere zu berücksichtigen: a) die Lage zu den Verkehrspunkten sowie zu Eisenbahnen und Chauveen; b) die Lage der Wirtschaftsbauwerke zu den Ländereien und der Ländereien zu einander; c) die Beschaffenheit der Gebäude.

Im Aufwertungssteuergesetz heißt es: Für das Rechnungsjahr 1925 wird gemäß der Dritten Steuernotverordnung des Reichs von bebauten Grundstücken des Lübeckischen Staatsgebietes eine besondere Grundsteuer (Aufwertungssteuer) als Zuschlag zu der nach dem Grundsteuergesetz zu erhebenden Grundsteuer erhoben. ...

Unbebaute Grundstücke, die mit bebauten Grundstücken eine wirtschaftliche Einheit bilden, gelten als Teile dieser Grundstücke.

Bei landwirtschaftlichen Grundstücken sowie bei gärtnerisch genutzten Grundstücken von mehr als 0,3 Hektar, deren Eigentümer ihren ausschließlichen Erwerb aus solcher Nutzung ziehen, gilt als bebauter Grundstück nur ein Teil des Grundstücks. Die Aufwertungssteuer wird erhoben:

Table with 2 columns: Grundstücksgröße, Gemeiner Wert. Rows show percentages for different size categories.

Von Neubauten oder durch Um- und Einbauten neu geschaffenen Gebäudeteilen, deren gemeiner Wert gemäß § 20 des Grundsteuergesetzes zu ermitteln ist, ist die Aufwertungssteuer voll zu erheben, wenn der Bau vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden ist. ...

Sind die Gebäude, Um- oder Einbauten aus öffentlichen Mitteln, oder mit Zuschüssen aus solchen ausgeführt und ist das Beihilfenarlehen nicht aufgewertet zurückgezahlt, so ist die Aufwertungssteuer nach dem für den 1. Juli 1914 ermittelten gemeinen Wert voll zu entrichten.

Die Aufwertungssteuer beträgt 19 v. H. des Grundsteuerwertes.

Soweit vor dem Inkrafttreten der Dritten Steuernotverordnung des Reichs vom 14. Februar 1924 auf einem Grundstück eine privatrechtliche werblich bedingte Last gemäß der Verordnung über die Eintragung von Hypotheken in ausländischer Währung vom 13. Februar 1920 oder dem Gesetz über werblich bedingte Hypotheken vom 23. Juni 1923 eingetragen ist, vermindert sich auf Antrag die Aufwertungssteuer um den Wert der aus der Last sich ergebenden laufenden Geldverpflichtung. ...

Wenn die gesetzliche Miete 70 vom Hundert der Friedensmiete übersteigt, vermindert sich auf Antrag des Eigentümers die Steuer im Verhältnis des Wertes seines Eigenkapitals zum Gesamtwert des Grundstücks, wobei der Betrag des Eigenkapitals um ein Drittel zu kürzen ist. ...

Bei Grundstücken, die zu dem im vorstehenden Absatz bezeichneten Zeitpunkt entweder unbelastet waren oder deren dingliche privatrechtliche Belastung nicht mehr als 20 vom Hundert des Gesamtwertes betrug, ist der Betrag der Steuer auf Antrag des Eigentümers unabhängig von der Ueberwälzung der 70prozentigen Friedensmiete so weit herabzusetzen, daß er nicht mehr als 20 vom Hundert der Friedensmiete ausmacht. ...

Angrenzende Gebiete.

Provinz Lübeck.

Stodelsdorf. Sozialdemokratischer Verein. Wichtige Sitzung des Vorstandes, der Boten und Kassierer am Mittwoch, dem 11. März, abends 8 Uhr bei Dietrichsen in Fadenburg. Erscheinen Pflicht.

Danienstädte.

Hamburg. Rücktritt des Senats. Der Senat hat in der Montagsitzung den anfänglich der Mitteilung über den Abschluß der Koalitionsverhandlungen bereits angekündigten Rücktritt beschlossen. ...

Mecklenburg.

Schwedt. Der Fischereistreit mit Lübeck wurde im Landtag angehängt. Die mecklenburgischen Fischer halten die Barbarossa-Urkunde, auf die sich Lübeck neben anderem stützt, für gefälscht. ...

Die Stimme der Jugend

Beilage zum Lübecker Volksboten

Der blühende Hammer.

Die Sonne segnet den kleinsten Halm.
Nur die Arbeit atmet noch Ruh und Qualm,
Ist drinnen am Amboss und werket und schufet,
und dranken leuchtet es, blüht und duftet ...

„Ist denn nicht heute Walpurgisnacht?
Da mag denn hämmern, wer hämmern mag!
Ich will hinaus in den Frühling schreiten,
will meine Arme ins Licht breiten ...“
So spricht die Arbeit und geht aus dem Haus
der Mühe ins blühende Land hinaus.

Dort kößt sie mit wuchtiger Zorngebärde
den Hammer hinein in die leizjunge Erde
und krecht sich daneben ins frischgrüne Gras.

Sie stinkt über dies und stinkt über das,
schilt ihre Gedanken zu Wolken und Winden
und löst sich mit eins im Traume entschwinden ...

Der Hammer zu ihrer rechten Hand
ragt einsam hinaus ins ebene Land.

Da! — an dem kahlen, gedrehten Schaft
winkt eine geheime Wunderkraft.
Ein Keimen, ein Treiben, die Zweige sprossen,
gleich sind die ersten ins Licht geschossen,
und im obersten Wipfel gebettet liegt
schon die erste Blüte vom Wind gewiegt.
Die zweite, die dritte ist aufgegangen,
bald ist das ganze Geäst behangen
mit roten Blüten, die grünen weit
hinein in die feiernde Frühlingzeit ...

Um den blühenden Hammer, Hand in Hand,
sahn die schaffenden Brüder aus Stadt und Land.
Sie kommen alle, das Wunder zu sehn,
und jubelnd hört man die Kunde gehn:

„Jetzt blüht der Hammer in unserer Hand!
Frei herrscht die Arbeit im freien Land!“

Aus dem neuen Gebirgsband: „Der blühende Hammer“ von
Karl Stöger. Ersterband im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin.
Preis kartoniert 45 Pfg., in halbleinen 80 Pfg. pro Stück.

Internationale Jugendführertagung.

Die Sozialistische Jugend-Internationale
hatte die Führer der ihr angeschlossenen Verbände zu einer Aus-
sprache über die brennendsten Fragen sozialistischer Jugendarbeit
eingeladen. Die Zusammenkunft fand vom 11. bis 15. Januar
im Ferienheim der holländischen Arbeiterjugend „De Pas-
heuveel“ („Der Osterhügel“) statt. Anwesend waren neben
den holländischen und deutschen Leitern Genossen
aus Österreich, den deutschen Gebieten der Tschecho-
slowakei, Polen, Bulgarien, Belgien, Däne-
mark und Schweden. Die holländische Arbeiterjugend be-
reitete den ausländischen Gästen einen überaus freundlichen Em-
pfang durch eine wohlgeleitete Veranstaltung am Sonntagnach-
mittag. Zu bewundern waren die Frische und ungezwungene
Katholizität, mit der die Amsterdamer Burgen und Mädel sich
gaben. Was als Scherz oder Ernst von ihnen dargeboten wurde,
vermochte uns reichlich zu fesseln, weil die Freude und Innerlich-
keit dieser Jugend sich auf die Zuschauer übertragen. Eine schönere
Einleitung konnte die Arbeit der nächsten Tage kaum erfahren
als durch diese Darbietungen. Aber auch der Ort war für die
Tagung erstklassig gewählt. Das Ferienheim der Holländer ist
bis ins kleinste geschmackvoll durchgebildet und die Traulichkeit
des Aufenthalts wurde durch die überaus weitgehende Gast-
freundschaft dieser Genossen noch außerordentlich erhöht.

Der erste Arbeitstag sollte in einleitenden Referaten
und eingehender Aussprache Aufschluß geben über die gegen-
wärtige soziale, politische und psychologische Situation der Ar-
beiterjugend. Die soziale Lage wurde eingehend und sachkundig
von Genossen Kim (Wien) behandelt. Er führte aus, daß
auf dem Gebiet des Jugendschutzes noch außerordentlich
viel zu wünschen übrig bliebe. Insbesondere händen die Fragen
der Schulminderbildung, der Ausbildung und im Zu-
sammenhang damit des Fortbildungsschulunterrichtes
immer noch im Vordergrund. Die Meisterlehre genüge
heute den Arbeitsanforderungen nicht mehr. Wo sich die Fort-
bildungsschule aber mit Erfolg ergänzen belätigen wolle und
daher die Verlegung der Schulstunden in die Arbeitszeit gefordert
werden müsse, stelle sich das Handwerk hemmend in den Weg.
Seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Großbetrieb schwindet,
wenn die volle Ausnutzung des Lehrjahres nicht mehr möglich ist.
Wirtschaftlich sind Großbetriebe schon zur Schaffung eigener Lehrwerk-
stätten übergegangen, um so qualifizierte Arbeiter heranzubilden.
Der Referent sprach sich weiter für die

Schaffung öffentlicher kommunaler oder staatlicher Lehrwerkstätten

aus; das egoistische Unternehmerinteresse wird hier ausgeschaltet
und zu gleicher Zeit ein Anreiz des heute bestehenden Miß-
verhältnisses zwischen Lehrjahrszahl und Lehrstellen geschaffen.
Dann gewinnen die öffentlichen Lehrwerkstätten große soziale
Bedeutung.

Durch dauernde Kleinarbeit im Sinne anderer Jugendschutz-
forderungen muß die soziale Lage der Arbeiterjugend allmählich
gebessert werden. In unserer Jugendgruppen sind Aussprachen
über diese Fragen dringend notwendig. Der Jugendschutz muß
zu einer wichtigen Aufgabe der Arbeiterbewegung werden.

Ueber die politische Situation sprach Genosse Lind-
kröm (Schweden). Die heutige Jugend ist früh zu politi-
scher Stellungnahme gezwungen. Viele alte Dogmen sind
gefallen, die politische Forderung der Arbeiterjugend hat aufgehört.
Dank dieses Hinanstreitens in den Kreis des Gesellschaftsinteresses
sind die Arbeiterparteien mit größter politischer Macht aus-
gerüstet, auch wenn sie nicht die Mehrheit besitzen. Daher muß
die politische Stellung der heutigen Jugend auch anders sein als
in der Vorkriegszeit. Der Staat ist nicht mehr Feind,
sondern Schutzmann des Volkswohls. Die politische
Erziehung geschieht nicht mehr im Hinblick auf Agitation,
sondern zur politischen Führung. Nur durch persönliche Tätig-
keit in der Gesellschaft kann eine wirkliche Gemeinschaft entstehen.

Wir stehen politisch zum demokratischen Staat und
lassen ihn als Instrument der Arbeiterpolitik auf.
Politische Erziehung hat dafür zu sorgen, daß wir diese Aufgabe
zu erfüllen vermögen.

In dritten Referat betont Genosse Boogd aus Holland
die Notwendigkeit psychologischer Beobachtung inner-
halb unserer Bewegung, die uns die Arbeit miteinander
geschickter vermag. Insbesondere muß der Jugendschutz sich

eingehend mit der seelischen Verfassung der Jugend
befassen. Genosse Kantz-Wieck stellt in der Aussprache fest, wie
wesentlich es ist, neben der Zielsetzung in der Erziehungsarbeit
auch den Ausgangspunkt zu beachten. Wir müssen uns in der
Seele des jungen Menschen hineinverleben und die Jugend-
lichen sehen, wie sie sind. Ihren Bedürfnissen muß die
Arbeit entsprechen.

In gleich anregender Weise verließen auch die übrigen Ar-
beitsleute, an denen Genosse Mag Westphal die allgemei-
nen Erziehungsfragen innerhalb unserer Arbeit behan-
delte. Er sprach über die Bedeutung der Altersabgrenzung in der
Organisation, behandelte ausführlich die Gemeinschaftserziehung
und das in der Doffentlichkeit herrschende Für und Wider. Ueber
die intellektuelle Erziehung sprach Genosse Josef Hof-
bauer-Teplitz, der sich gegen die Ueberlastung der Jugend
mit Wissensstoff wandte und verlangte, die Liebe zum Lernen
und zum Buch in der Jugend zu wecken. Wir müssen der Ueber-
schätzung des Wissens vorbeugen, weil in ihr die Gefahr der
Halbbildung und der Phrasenhaftigkeit liegt.
Wesentlich ist die Beschränkung auf das für den Arbeiter Wäh-
tigste. Als Stoffgebiete kommen Gesellschaftskenntnis und
Naturwissenschaften in Betracht. Wir sollen darstellen, daß
die kapitalistische Gesellschaft nur ein Ergebnis der Entwertung
und nicht von Dauer ist. Der Arbeiter muß seine Tätigkeit und
seinen Stand achten lernen.

Wir wollen keine Erlösung von der Ar- beit, sondern nur Erlösung der Arbeit.

Aus diesem Grunde haben wir in der Werbung zu unterscheiden
zwischen der Arbeit als Ausbeutung und zwischen der Arbeit als
sittlichem Faktor. Den Schluß bildete ein Vortrag des Genossen
Kooß Vorringt-Amsterdams über die kulturelle Erzie-
hung der Jugend, die Hand in Hand gehen müsse mit dem Kampf
um wirtschaftliche Verbesserungen und politische Aufklärung. Wir
müssen die Grundlagen für eine neue Kultur in den Menschen
schaffen. Das Ideal darf in keinem Falle mehr darin bestehen,
selbst möglichst weit zu kommen, sondern muß wurzeln im Ge-
meinschaftsgedanken. Dieser Gedanke muß im jugendlichen Form
und Inhalt gewinnen und damit auch nach außen hin eine Um-
wälzung herbeiführen.

Eine erschöpfende Darstellung der Vorträge und der Aus-
sprachen ist selbstverständlich im Rahmen eines kurzen Berichtes
nicht möglich. Sie muß für jedes Stoffgebiet einzeln gegeben
werden. Hier sei nur noch nachgetragen, daß neben der Arbeit
uns auch die gemeinsamen Erholungsstunden noch enger verban-
den. Es war immer zu merken, daß der Gemeinschaftsgedanke
in diesem Kreise Gestalt gewann, daß eine junge, innerlich und
menschlich verbundene Internationale entstand. Und aus diesem
Gefühl heraus konnten wir beim Abschluß der erfolgreichen Ta-
gung auch mit brüderlich verteilten Händen in den Sprachen
der vertretenen Länder mit Recht singen:

„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

Nachlieb.

Quellende, schwellende Nacht,
Boll von Lichtern und Sternen:
In den ewigen Fernen,
Sage, was ist da erwacht?

Herz in der Brust wird beengt,
Steigendes, neigendes Leber:
Riesenhaft fühle ich's wehen,
Welches das meine verdrängt.

Schlaf, da nahnst du dich leis,
Wie dem Kinde die Amme,
Und um die dürrige Flamme
Ziehst du den schützenden Kreis.

F. Heibel.

Die „unartigen“ Kinder.

Warum wir als Kinder artiger als die Jugend von heute?

Ueber die viel erörterte und von manchem einfach bejahte
Frage schreibt der Dresdener Lehrerverein:

Diese Frage wird in den meisten Fällen sehr eilig mit „Ja“
beantwortet, am häufigsten von den Müttern. Befinne sich ein
jeder auf seine Schulzeit! Gab es da keine Kuppelchen, keine
Prügeleien auf der Straße, kein Schreien und Lärmen auf dem
Schulweg, kein Verarbeiten der Lehrer, keine Unehrenerbeigleiten
gegen das Alter? Waren früher keine Strafen notwendig?
Freilich, in der Erinnerung verblaßt das Unangenehme, das
Schöne aber wird vergoldet! Der nervöse Mensch von heute
denkt überhaupt nicht gern ehrlich über die Vergangenheit nach.
Aber, wo seine überreizten Nerven die geringste Belastung durch
Unruhe und Uebermut der bewegungsreichen Jugend erfahren, da
fällt sofort das oberflächliche, überhebliche und selbstgerechte Ur-
teil: „So etwas kam in unserer Jugend nicht vor, so unge-
zogen waren wir als Kinder nicht.“ Alle Niederwürstchen aus
den 60er, 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts be-
weisen das Gegenteil. Gerade in jener Zeit mußten sich die
Lehrervereinigungen sehr oft mit der Zustlosigkeit der Schul-
jugend befassen, so der Dresdener Lehrerverein in den Jahren
1856, 63, 65, 68, 69, 74, 77 und 83. Dabei stellte 1863 der
Vorstand des Vereins fest: „E kann nicht zugegeben werden,
daß im allgemeinen die Schuljugend sich roher und ungezügelter
behalte als in früherer Zeit. Viel eher lasse sich das Gegen-
teil behaupten.“ Die Lage des Alters über die zunehmende
Zustlosigkeit in der Jugend ist so alt wie die Menschheit selb-
st. Sie ist eine Folge der Spannung zwischen zunehmender
und abnehmender Kraft.

Gewiß, die Erziehungsmittel der alten Schule — Einschüch-
terung und barbarische Strafen — waren bequem, aber sie sind
nicht die sichersten Wege und Ziele. Manche Mutter ist froh,
wenn sie ihre drei oder vier Kinder auf 5 Stunden am Tage
los ist und in der Schule weiß. Sie bewundert den Lehrer, der
35 und 40 zur Ordnung bringen soll. Sicher opfert der Lehrer,
der ohne die alten Strafen auskommt, ein gut Teil seiner Ner-
venkraft. Die neue Erziehungsschule macht es sich zur vornehm-
sten Aufgabe, durch Vorbilder, Erleben und Ueben innerhalb
der lebendigen Schulgemeinschaft zur ungeheuersten aber inner-
lich wahren Sittlichkeit zu führen.

Das schlechte Vorbild der Straße und gar mancher Fa-
milie teilt aber vieles wieder ein, läßt manchen guten Reim
verstummen. Auch diese Erscheinung ist uralt. Schon vor dem
Kriege machte eine „Königliche“ Schulaufsichtsbehörde eindring-
liche Mahnungen an die Schuljugend, weil der Ungeh-
or von Pflanzstätten überhand nahm, weil Schulkinder von der Straße
aus ihre Reden auf vorbeifahrende Eisenbahn verrichteten,
weil sie Eisenbahnwaggons mit Schmutzsteinen die Erwach-

senen beschäftigten, auf ihren Spaziergängen die Natur zerstörten,
an verbieten Stellen rodelten oder sich umhertrieben, auf das
treibende Eis sprangen, Steine nach Autos, Straßenbahn
und Eisenbahn schleuderten, Mauern und Wände beschmiereten.
Alles schon vor dem schrecklichen Kriege! Aber während die-
ses langen Krieges wuchs die Zahl der behördlichen Mah-
nungen über die Zustlosigkeit der Schuljugend un-
geheuer. Bereits am 17. September 1915 muß das „Königliche“
Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts an die
Bezirkschulinspektoren schreiben:

„Während nach den dem unterzeichneten Ministerium vor-
liegenden Unterlagen der Krieg in den ersten Monaten viel-
fach einen günstigen Einfluß auf die sittliche Führung der Schul-
jugend ausgeübt hat, sind in neuerer Zeit wiederholt ernste
Klagen über antzößiges Verhalten, insbesondere
der männlichen Jugend an verschiedenen Orten laut geworden.
Geklagt wird über aufrichtsloses Umherstreifen und lautes
Schreien auf Straßen, über unehrerbietiges Benehmen gegen Er-
wachzene bei Zurechtweilungen, über Zunahme von Feld- und
Gartendiebstählen usw.“

Bis 1918 hatte sich die Zahl der behördlichen Ermahnungen
im Verhältnis der Vorkriegszeit verzehnfacht. Das machte
sich notwendig in einer Zeit, wo es noch reichlich zugemessenen
Religionsunterricht für alle Kinder gab.

Die entsetzlichen Folgen des „Stahlbades“ treten hier
ganz offen zutage. Der Kampf ums nackte Leben, das hem-
mungslose Benehmen vor vieler Erwachzener, allerhand Schund in
Kino, Buch und Zeitschrift, haben jahrelang die wirksamsten
Vorbilder für unsere heranwachzende Jugend der Volks- und
höheren Schulen gegeben. Trotzdem nahm die Zahl der behör-
dlichen Mahnungen nach dem Kriege rapid ab. Die heutige Ju-
gend hat es wahrlich schwerer als wir, gestittet und artig zu sein.

Das sollte jeder Erwachzene bedenken aus Gerechtigkeit
gegenüber der Jugend. Das einzige sichere Mittel zur Erzie-
hung unserer Jugend liegt in der Mahnung an die Erwachzenen:
Gebt euren Kindern in allem, was ihr tut und redet, ein le-
bendiges sittliches Vorbild! Denn: Wie die
Alten jungen, zwischern auch die Jungen!

Sozialistische Kultur.

Columbus.

Der Glaube an die Zukunft ist der Ausfluß einer gesunden,
lebensvollen sittlichen Kraft. Wie der Same der Erde im Früh-
ling zum Keimen schwillt, so ist im zukunftsglaubenden Menschen
zusammengebaltene eine sittliche Energie, die da drängt, zu wach-
sen, hinauszuwachsen über das Gegenwartsleben, überzukommen
in ein junges, neues lebendiges Werden. Und wie die Wur-
zeln bei der Pflanze des Feldes hineinragen in den Boden, aus
dem sie geworden, so reichen auch beim zukunftstrebenden Men-
schen die Fäden des Glaubens zurück in all das tausendfältige
Geschehen in seiner Entwicklung. All die Geschmähtigkeit der
Erfahrung in all den Entwicklungsperioden fließt im zukunfts-
glaubenden Menschen zusammen zu der Macht des Stromes, der
da drängt: In dieser Richtung weiter vorwärts! Dahin
führt dich der Sinn der Welt! Es gibt eine Zukunft, diese
Zukunft, und sie kommt, mit eherner Naturgesetzmäßigkeit.

„Steure, mutiger Segler!“ In den wunderbaren Distichen
über Columbus verherrlicht Schiller dieses stolze Recht auf den
Glauben an die richtungweisende Stimme in unserer Brust.

„Es mag der Wind dich verhöhnen, und der Schiffer am
Steuer lenken die lässige Hand. Immer, immer nach West!
Dort muß die Rüste sich zeigen; liegt sie doch deutlich und liegt
schimmernd vor deinem Verstand.“ Du siehst das Ziel. Du weißt
daß es zu ertingen ist. Du trägst ja selber schon ein Stück des
Erfolges in deiner Brust. Wer davon nichts erlebt, der spottet.
Aber du weißt es: Das Ziel, das große, wird erreicht!

Drum „traue dem leitenden Gott und folge dem schweigen-
den Weltmeer! War' sie noch nicht, sie liegt jetzt aus den
Fluten empor.“ So sicher ist dir die Erfüllung. Daß du an
das Ziel glaubst, zeigt, daß es nichts Unmögliches, Un-
erreichbares ist. Es ist ja schon ein Stück deines Wesens. War-
um soll es da nicht einmal das Wesen der ganzen Mensch-
heit sein?

„Mit dem Genius steht die Natur im ewigen Bunde; was
der eine verpricht, leistet der andre gewiß.“ Dein Glaube an
das Große, Herrliche, mit Mut zu Erringende ist das geistige
Spiegelbild der Gesetzmäßigkeit, aus der dein Wesen geworden.
Wenn du an Großes glaubst, dann lebst in dir die gesunde, leben-
dige Kraft des Werdens; dann treibt der lebenquellende Saft
der Entwicklung in dir. Dann bist du der Träger des Sinns
des ewigen Gesetzmäßigwerdens.

Glaub' an die Menschheit! Das ist der Sinn der ewigen
Gesetzmäßigkeit. Glaub' an die Zukunft! Das ist die sittliche
Größe, zu der sich das ewige Ringen und Drängen in dir ver-
dichtet hat.

Nur wenn du groß glaubst an das Beste, bist du Mensch.
Kämpfe! Dr. Gustav Hoffmann.

Aus Passalles Arbeiterprogramm.

Seit lange geht ... die Entwicklung der Völker, der
Atemzug der Geschichte auf eine immer steigende Abschaffung der
Privilegien, welche den höheren Ständen diese ihre Stellung
als höhere und herrschende Stände garantieren. Der Wunsch
nach Forterhaltung derselben oder das persönliche Interesse
bringt daher jedes Mitglied der höheren Stände, das sich nicht
ein für allemal durch einen großen Blick über sein ganzes per-
sönliches Dasein erhoben und hinweggeleitet hat ... von vorn-
herein in eine prinzipiell feindliche Stellung zu der Entwid-
lung des Volkes, zu dem Umfassungreifen der Bildung und Wissen-
schaft, zu den Fortschritten der Kultur, zu allen Atemzügen und
Siegen des geschichtlichen Lebens.

Dieser Gegenatz des persönlichen Interesses der höheren
Stände und der Kulturentwicklung der Nation ist es, welcher
die hohe und notwendige Unstittlichkeit der höheren Stände her-
vorrufft. Es ist ein Leben, dessen tägliche Bedingungen Sie sich
nur zu vergegenwärtigen brauchen, um den tiefen inneren Ver-
fall zu fühlen, zu dem es führen muß. Sie täglich widersehen
müssen allem Großen und Guten, sich betrüben müssen über sein
Weggehen, über sein Wiltlingen sich freien, seine weiteren Fort-
schritte aufhalten, einen bereits geschahenen rückgängig machen
oder verwünschten zu müssen.

Zwar ist auch in den unteren Klassen leider immer noch
Selbstsucht genug vorhanden, viel mehr als vorhanden sein
sollte. Aber hier ist diese Selbstsucht, wo sie vorhanden ist, der
Fehler der Individuen, der Einzelnen, und nicht der notwendige
Fehler der Klasse.

Schon ein sehr mäßiger Instinkt sagt den Gliedern der un-
teren Klassen, daß, sofern sich jeder von ihnen bloß auf sich be-
zieht und jeder bloß an sich denkt, er keine erhebliche Verbesse-
rung seiner Lage, für sich hoffen kann.